

# Correspondent.

**Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
bei Abnahme von unten Katalogstellen; bei Postzahlung ins Ausland durch unsere Postämter in der Gegend, aus dem Ausland durch die Postämter des Landes, durch die Post 120 000, durch 42 Pf. Nachzahlung. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit an den Sonntagen nachmittags. — Inhalt: Originalnachrichten mit nur mit deutscher Correspondenz gezeichnet. — Die Rückseite enthält die Einblendungen überlassen mit keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
essig. Illustr. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4 seit. landwirtsch. u. handelsbell.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis:** für die erste Beilage oder deren Raum für Werbung um andere Nummern 10 St. zweite Beilage 20 St. abwärts 20 St. 20 St. im Restmonat 40 St. Bei längerem Satz entsprechende Rabatt. — Die Beilagen nach Vereinbarung mit Anzeigenkunden und Verlagsanstalten. — Besondere Berechnung nach anderen mit Beilagebuch. — Einmalige Beilage. — Abnahmezeit für andere Beilagen bis zum 1. März, letztere bis zum 1. April. — Samstagsnummern bis 10 Uhr vorwärts.

№ 98.

Donnerstag den 28. April 1910.

36. Jahrg.

## Der Kampf um das Wahlrecht.

Der Herrenausbericht über die Wahlreform ist fertiggestellt und am Dienstag ausgegeben worden. Er ist vom Grafen v. Beyer-Wehendorf erlassen. Da die Kommissionserichte zum Teil unvollständig waren, zum Teil Widerspruch fanden, ist es von Interesse, einige Erklärungen der Minister nun in der authentischen Fassung zu lesen. Minister v. Wolff erklärte in der Generaldebatte der ersten Sitzung unter anderem:

Nur wenn die Reform das Ergebnis der Mitarbeit der ausschlaggebenden Parteien sei, würde sie das Dreiklassenwahlrecht, das alte preussische System, vor allen Angriffen sichern. Die Königl. Staatsregierung habe bei ihrer Vorlage keineswegs nachlässige Gesichtspunkte verfolgt. Wenn überhaupt die Abficht vorgelegen habe, die Vorlage gegen eine radikale Richtung zu lenken, so habe es sich selbstverständlich nur um die radikale Sozialdemokratie handeln können. Seiner Ansicht nach könne das bestehende preussische Recht nicht besser geändert werden, als wenn man es offen anerkenne, hier und da seien Mängel, die zu beseitigen seien, um dadurch das Gebäude standfest zu machen. Wer die „ausschlaggebenden Parteien“ sind, hat der Minister nicht gesagt, aber von konservativer Seite sowohl, wie vom Zentrum ist es immer — und jedenfalls mit Recht — so aufgefaßt worden, daß die Regierung die Nationalliberalen und Freikonservativen nicht müssen will.

Der Ministerpräsident sowohl wie Minister v. Wollke haben in der zweiten Sitzung über die Drittlung in den Wahlbezirken den Antrag 25 als keine befriedigende Lösung bezeichnet. Herr v. Wollke sagte, dieser Antrag liegt so wenig, daß der Minister glaube, die Herren Antragsteller hätten sich nicht vorzugenommen, daß seine patriotische Wirkung ganz gering sei, daß er nur ein scheinbares Entgegenkommen bedeute, materiell aber fast gar keinen Erfolg haben werde. Zudem ist der Antrag mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen worden, so daß es in § 6 jetzt heißt:

Die Gesamtsumme der Steuerbeträge wird berechnet: 1. für den Umfang des Stimmbezirks wenn dieser aus mehreren Gemeinden (Gutsbezirken) gebildet ist, 2. für den Umfang des ganzen Gemeindebezirks, wenn dieser nicht mehr als 5000 Einwohner zählt, 3. für den Umfang besonderer, von der Gemeindeverwaltungsbefähigung zu bildender Drittlungsbezirke von nicht weniger als 1749 und nicht mehr als 5000 Einwohnern, wenn die Gemeinde mehr als 5000 Einwohner umfaßt. Die Drittlungsbezirke sollen unteilbar räumlich zusammenhängen und abgerundet sein. Sie müssen, wenn die Gemeinde in mehrere Wahlbezirke geteilt ist, innerhalb dieser liegen.“

Es wird sich nun zeigen, wie die Regierung sich zu diesem § 6, der nur ein scheinbares Entgegenkommen bedeutet, stellen wird.

In dem Bericht wird auch bestätigt, daß verschiedene Mitglieder in der Kommission erklärten, daß sie, um zu einer Unterlage für die Verhandlung im Plenum zu kommen, jetzt für das Gesetz stimmen würden, daß sie aber im Plenum gegen das Gesetz stimmen würden, wenn dies nicht noch in wesentlichen Punkten und insbesondere im § 6 abgeändert werden sollte. In einer längeren Erklärung wurde dann von einem Mitgliede noch angeführt, daß das Gesetz in der vorliegenden Fassung unannehmbar sei. Es entspricht nicht dem, was die Thronrede versprochen habe.

Es ist in der Tat alles noch, um einen Zentrumsausdruck zu gebrauchen, in der Schwere. Die Kommissionsabstimmung mit 11 gegen 8 Stimmen bedeutet nichts, dies Zahlenverhältnis ist lediglich vom tatsächlichen Gesichtspunkt aus zu betrachten. Erst bei der Abstimmung im Plenum des Herrenhauses wird es sich zeigen, ob die Mehrheit des Herrenhauses den Kommissionsbeschluß beibehält, ferner auch, wie sich die Regierung zu diesen Beschlüssen, falls sie angenommen werden, verhalten wird.

## Präsident Strub über die Steuern.

Der Senatspräsident des Oberverwaltungsgerichts, Balth. Gch. Oberregierungsrat Dr. Strub, einst die rechte Hand Muelers, beschäftigt im Verlage von Karl Heymann „Betrachtungen zur Reichszuwachsteuer“, aus deren Anhängebogen die „Vollzug“ einige interessante Stellen abdruckt. Die 99 Seiten starke Schrift enthält weit mehr als der Titel vermuten läßt; denn der Präsident Strub bezieht die Reichszuwachsteuer im Rahmen der Finanzreform und läßt, selbst ein konservativer Mann, an den von der konservativ-liberalen Mehrheit fabrizierten Steuern herbe Kritik.

Seit Verabschiedung der Reichsfinanzreform zeigt fast jede politische und kommunale Wahl ein erschreckendes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Die bürgerlichen Parteien aber setzen sich in einer Geringschätzung und Behinderung gegenüber, wie seit langem nicht. Ich bin geneigt, nicht der einzige, der seit Anfang seines politischen Denkens strenge Konserwatheit gestirmt, irre geworden an der alten, Liebgewonnenen Partei, als diese an die Stelle einer in der von der Regierung vorgelegten Schrift den berechtigten Interessen der Landwirtschaft reichlich Rechnung tragenden wirklich allgemeinen Reichsfinanzreform, die eine völlig ungleichmäßige, zum Teil einseitige Belastung bedeutet, als sie zur selben Zeit in Preußen die Hand dazu bot, in einem Augenblicke, wo von der Allgemeinheit höhere Opfer gefordert wurden, durch Umgestaltung des § 11 des Ergänzungsteuergesetzes ein neues Steuerprivileg für die Landwirtschaft zu schaffen, und die Anregung dazu gab, im Rahmen der Stempelsteuer Modifikationen einzutreten zu lassen, die die Landwirtschaft unendlich weniger hoch aber ausnahmslos treffen als die fähigste Bevölkerung aller, obwohl der für Reich und Staat erforderliche Mehrbedarf im letzten Ende zum guten Teil — man denke an die Vollzugserschöpfungen — seinen Umlauf in der allgemeinen Preissteigerung der letzten Jahre botte, diese aber nicht an vorerhalten durch den zugunsten der Landwirtschaft verfahren, und zwar unter ihrer Übergangung nach mit Recht veräußerten Vollzug beabsichtigt ist.

Präsident Dr. Strub ist aus höchste Überaschung, daß bei der Zuwachsteuerfrage von den Wählerpartei nicht die ganze Besitzfrage wieder aufgerollt wird, und schärfert eingehend, wie hinsichtlich die Einwendungen sind, die gegen die Erbansatzsteuer vorgebracht wurden. Er sagt dabei:

Für die Konserwatoren war noch der Erklärung ihres Führers der für ihre ablehnende Haltung im letzten Ende ausschlaggebende Grund, man dürfe eine allgemeine Besitzsteuer nicht in die Hand eines allgemeinen, gleichem Rechte beruhenden Parlamentes legen. Auch ich habe meine großen Bedenken gegen ein allgemeines, gleiches Wahlrecht und gebe einem abgestuften der Besitz, sofern die Abstufungen nicht nur nach dem Gelde erfolgen, die Unabhängigkeit der Wahl nach oben wie unten so gesichert ist, wie es bei den nun einmal vorhandenen Abhängigkeitsverhältnissen eben möglich ist, und wie es weder durch die gegenwärtige preussische Regierungsvorlage noch durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zu ihr irgendein bis zur Grenze des Erreichbaren gehen würde, und fassen endlich die Einteilung der Wahlkreise eine angemessene ist. Aber Gegnerschaft gegen das Wahlrecht rechtfertigt es nicht, dem Volke an Stelle gerechter minder gerechte Steuern aufzuerlegen.“

Die Mehrheit habe bei der Finanzreform die nötige Besitzsteuer nicht geschaffen. Sei nun die Reichszuwachsteuer ein erheblicher Fortschritt in der Lösung der Besitzsteuerfrage? „Ich muß diese Frage mit einem glatten Nein beantworten.“ Die Reichszuwachsteuer erklärt Strub für durchaus berechtigt und notwendig als Gemeindesteuer, ganz und gar aber nicht als Reichsteuer. Sie sei schon deshalb keine Besitzsteuer, weil ein Verkäufer, der hohe Steuer zahlen muß, ein ganz armer Leufel, ein anderer, der beim Verkauf geringen Gewinn macht, Millionär sein könne. Die Steuer belaste vorwiegend die Städte. Sie führe zu einer unendlichen Menge schwieriger Rechtsfragen. Die Generalausleihe des § 55, die den Bundesrat ermächtigen soll, auch Rechtevorgänge für steuerpflichtig zu erklären, die ohne unter das Gesetz zu fallen, „es einem andern ermächtigen, über das Grundrecht oder Recht die Eigentümer oder der Berechtigten zu verfügen“, enthalte nicht mehr und nicht weniger als eine Vorverurteilung der Reichszuwachsteuer. Der Verfasser weist den Einwurf zurück, daß viele Gemeinden die Steuer ja gar nicht wollten:

Was können die Gemeinden dafür, daß die vom Staat erlassenen Gemeindeverfassungsgesetze den Hausbesitzern ein denartiges Übergewicht gewährt, daß diese die Einführung einer vernünftigen Steuer hinterzögen können? Es läßt sich widerin aber auch in solchen Fällen, in denen die Mehrheit der Stadtverordneten sich bisher der Einführung der Gemeindeverwachsteuer mit Erfolg widersetzt hat, die Verhältnisse früher oder später sich ändern als sie erweisen. Am 10. Mai a. J. hielt man mit im Reichstagesgange auch entgegen, nicht einmal in Vert in die Einführung der Steuer gelangen. Ich entgegne, zunächst gehört Berlin mit seinen 100 Pro. Einkommen- und 100 Pro. Realwerten nicht weniger als zu den Gemeinden mit wirklich schwereren Finanzverhältnissen und könne daher die Zuwachsteuer leichter als zahlreiche andere Gemeinden ertragen; ich sei aber überzeugt, über kurz oder lang, schon wenn der Etat mit 100 Pro. Einkommensteuervorschlägen nicht mehr zu balancieren sei, würde auch hier die Mehrheit der Reichstagesgänger im Stadtparlament überwinden. Schmeier noch, als ich damals selbst glaubte, haben mit die Dinge sich verändert. Erhalten die Gemeinden künftig nur einen Anteil an den Erträgen aus der Besteuerung des Wertzuwachses ihres Grundbesitzes, statt daß sie allein diesen Wertzuwachsbetrag zu besteuern können, so bleibt ihnen, da ins Gewicht fallende Ersparnisse, namentlich als die Dauer, in den letzten Jahren möglich sein werden, nicht über, wie das Meiste, das die ohne die Besitzsteuer auf diese Weise hätten aufbringen können, aus anderen Quellen zu beschaffen, und diese Quellen werden nicht die Einkommensteuer und die Realsteuer sein. Da nun weder Einkommensteuer noch Realsteuer wirklich Besitzsteuer sind, so wird dann also der Effekt der Reichszuwachsteuer sein, daß der Grundbesitz spezialisiert nur, was er als Zuwachsteuer ohne das Doppelvermögen des Wertes allein an die Gemeinde zu zahlen haben würde, an Reich, Staat und Gemeinde zu zahlen soll, also nicht höher belastet wird, sondern nur der Steuerleistung wechset, daß dagegen auf dem Umwege der Gemeindesteuern der Allgemeinheit, also zum großen Teil dem Mittelstand und den Wählerpartei zu tun ist, was wegen neben den neuen Verwachsteuer noch eine neue direkte Steuerbelastung anferlegt wird. Auch infolgedessen die Zuwachsteuer im Effekt alles andere, nur eine Besitzsteuer“ nach der Verfassungsmäßigkeit. Zudem die teilweise Beschlagnahme des Wertzuwachses des Grundbesitzes für die Verteuerung des Wertes die Gemeinden zur Erhebung höherer Einkommen- und Realwerten oder auch Mitteln nicht, wird die Reichszuwachsteuer auch geradezu grundbesitzfeindlich.

## Freiheit der Kirche

hat bei der gegenwärtigen Beratung des Antikretismus im preussischen Abgeordnetenhause der Zentrumsgesandnete Dietrich Baumbach wieder einmal verlangt. Es ist keine neue Forderung, die da erhoben wird, nur verfallen die Herren vom Zentrum meistens, im einzelnen genau anzugeben, was sie unter „Freiheit der Kirche“ verstehen. Aber ein großer Kenner des Ultramontanismus hat sich darüber geäußert, und an seine Worte sei jetzt erinnert. Wiemarck rief dem Zentrum im Reichstag am 26. November 1884 entgegen: „Sie kämpfen für die Freiheit der Kirche! Was verstehen Sie aber unter Freiheit der Kirche? Unter Freiheit der Kirche verstehen Sie das Verschwinden der Kirche. Sobald diese Herrschaft irgendeine beendigt wird, reden Sie von diözesanischer Verfolgung, Kaiserlicher Unterdrückung; das Verschwinden ist Ihnen so angeboren aus alten Traditionen.“ Auch ein streng katholischer Katholik hat sich über den Begriff Freiheit der Kirche ähnlich ausgesprochen. Der Regens. Dr. theol. et jur. W. Martens sagt in seinem Buch: „Die Beziehungen der Oberordnung, Nebenordnung und Unterordnung zwischen Staat und Kirche“ S. 251: „Im Sinne der Hierokratie ist Libertas ecclesiae (Freiheit der Kirche) gleichbedeutend mit majoritas ecclesiae, d. h. Suprematie der Kirche über den Staat.“ Auf das ultramontane Erben nach „Freiheit der Kirche“ ist eben der Satz in H. St. Gamberlains „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ S. 657 angewandt: „Bedingungslos Freiheit heißt unbedingte Macht.“

D. E. S.

## Eine schwere Niederlage Prof. Dreus.

Von den vielen Niederlagen, die sich der Reichsminister Prof. Dreus mit den Wortträgen über seine „Christenmythe“ geholt hat, war wohl eine der vernichtendsten die, welche ihm am 17. April in Darmstadt zu teil



wurde, wo ihm u. a. Dr. Waig, der Vorsitzende des Reichstages, die Beschlüsse des Evangelischen Bundes und die Gieseler'schen Professoren Kräger, Eck und Giesel entgegengeriet. Insbesondere bei des letzteren Rede wurde, die die „Darmstädter Zeitung“ berichtet, die Situation hochdramatisch. Der bekannte Schriftsteller Dreyer's religiös-geschichtliche Methode und seine Hypothese über einen vorchristlichen Jesus als unhaltbar und aus ängstlichem Dilettantismus geborene Behauptungen nach. Als er erklärte, daß Dreyer in Unkenntnis der Ursprache einfach nicht in die Sache einzufließen sei, wurde ihm die Rede abgelesen, durchbrachte jedoch den Saal. Prof. Dreyer mußte selbst zugeben, daß in dem ersten Kapitel seines Buches nichts verkehrt sei, wie er denn überhaupt auf dem Gebiet der religionsgeschichtlichen Forschung nur ein Dilettant sei, der von anderen gelehrten Resultate zusammengetragen habe. Und ein solcher Mann wird der Christen ihre Sonne vom Himmel holen!

## Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Das österreichische Herrenhaus nahm am Montag die Anleihevorlage nach längerer Debatte an. Im Laufe der Debatte erklärte Wiener, bei Einführung von neuen Steuern sei umso größere Vorsicht geboten, als man noch immer von der Möglichkeit gefährlicher auswärtiger Vermittlungen habe, welche die Anspannung der Steuerkraft mit sich bringen könne, so daß man gewisse Personen in relativ friedlichen Zeiten nicht ganz erschöpfen dürfe. — Der Prager Staderrat hat den Grafen Jepsell in einer persönlichen Einladung, mit dem Vorschlag „S. 3“ auf der geplanten Fahrt von Wien nach Dresden auf der Königsbahn den Aufenthalt zu laden, wo die Möglichkeit der Erziehung in seiner Sprache begründet werde. — Der Reichstag hat die Erneuerung ausgeschrieben, daß großdeutsche Kundgebungen bei der Landung verboten werden. Zum Befrieden der Armen Prags soll ein niedriges Eintrittsgeld erhoben werden.

**Frankreich.** Der neue italienische Botschafter Tittoni überreichte am Dienstag in Paris dem Reichspräsidenten seinen Beglaubigungsschreiben, wobei er seine aufrichtige Freundschaft für Frankreich betonte. Fallieres versicherte Tittoni seiner Sympathie, daß er auch in Lande begreifen werde, und der lebhaftesten Begrüßung der Regierung, ihm als Botschafter willkommen zu heißen. — Wie aus Chamboury's Berichtes gemeldet wird, dauert die Erregung von den Wahlen der unteren Kammer am Montag wurden vier Personen unter der Anführung, Schiffe auf die Genarmer abzugeben zu haben, verhaftet und ebenso ein junger Mann, der sich seiner Festnahme widersetzt. Zwei Schwabraden Dragoner und 80 Genarmen befinden sich bereits im Orte, ein Bataillon Infanterie wird noch erwartet.

**Finnland.** Englische Agitation zugunsten Finnlands hat die Handelskammer in Ruuska's, Gull, Glasgow, Edinburgh, Manchester und Liverpool haben eine Agitation gegen die Entziehung Finnlands eingeleitet. Dem Staatssekretär des Äußeren Sir Edm. Grey wird in dieser Angelegenheit ein Memorandum überreicht werden. Da auch in England selbst eine Bewegung gegen die beabsichtigte Ausweisung Finnlands eingeleitet hat, wird der Zar, so wird allgemein angenommen, dem Druck nachgeben und die finnische Bevölkerung respektieren müssen. Bei der Audienz des Durnapresidenten Büchschütz in Zar'sche Eselo außerordentlich der Zar nach Meldungen aus Petersburg den Wunsch, die Dama möge die finnische Vorlage noch in dieser Session erledigen und, wenn es nötig sein sollte, die Session verlängern. Man kann nun gespannt sein, ob bemerkt die „Weser-Ztg.“ zu diesen ihr angelegenen Nachrichten, ob die russischen Staatsminister, die „Pomorie Wemsa“ an der Spitze, sich auch mit solcher Eile auf die englischen Vorkämpfer des Verfalls des Großfürstentums zu Russland haben werden. — Das Militärgericht in Alexandropol verurteilte im März wegen der Verletzung der Geschäfts für gegenwärtigen Kredit um 55.000 Rubel im Jahre 1894 9 sechs der Angeklagten zum Tode durch den Strang und drei zu 15jähriger Zwangsarbeit. Die übrigen wurden freigesprochen.

**England.** Das Herrenhaus nahm am Montag, wie schon gestern kurz gemeldet, die zweite Lesung des Finanzgesetzes mit 228 gegen 242 Stimmen an. Die russischen Nationalisten stimmten mit der Regierungspartei, die Liberalen mit der Opposition. Im Laufe der Debatte erklärte Schatzkanzler Lloyd George, daß seit der ersten Einbringung des Budgets der Handel zugenommen und die Beschäftigungslage sich abgemildert habe; er sei der festen Überzeugung, daß das Land sich auf dem Wege zu einem geschäftlichen Aufschwung befinde, wie es einen solchen größer selbst erlebt habe.

**Italien.** Zur Retrazfrage haben die türkischen Vertreter am Montag bei den Schumädger eine Erklärung abgegeben, nach welcher die Pforte die Eidesleistung der türkischen Abgeordneten auf den Namen des Königs der Hellenen als einen argen Übergriff gegen die Souveränitätsrechte der Türkei betrachtet und die Mächte auffordert, diese zu verhindern. Die Pforte würde sich gegen die Eidesleistung wehren. — Ein algerischer Aufstand der Araber ist nunmehr ausgebrochen, der der Pforte sehr schwer zu schaffen machen wird. Die Nachrichten aus Oeralbanien lauten ungnädig. Weitere zwölf Bataillone und vier Batterien sind nach Albanien unterwegs, so daß die Gesamtzahl der Truppen 52 Bataillone und 16 Batterien beträgt. Die Moreskoten von Saloniki sind einbehalten worden. Schiffe tragen Vorräte verladen, daß 2000 Mann in Saloniki zurückgelassen werden, so daß 8000 Mann in Saloniki zurückgelassen werden und den Bahnverkehr hindern. Am Montag wurde wiederum im Engpass Kaischani ein Eisenbahnzug von Albanen durch Schüsse aufgehalten, die Wälder, die aber getötet, da der Zug weder Militär noch Kriegsmaterial führte. Der Engpass ist angeblich von 100 Albanen besetzt. Weitere Militärtransporte sind auf dieser Bahnlinie eingestellt worden. Die Nachrichten über Albanien sind nunmehr ungnädig. Die Nachrichten über Albanien sind nunmehr ungnädig. Die Nachrichten über Albanien sind nunmehr ungnädig.

fürten. Der türkische Ministerrat hat beschlossen, die Reichshandeln in Saloniki und Smyrna zu mobilisieren und nach Beratbanien zu entsenden. — Ein Telegramm vom 28. d. M. lautet: Der Bahnverkehr zwischen Ustuek und Mitrowitzka ist heute durch die Rebellen unterbrochen worden. Nach den vorliegenden spärlichen Meldungen finden zwischen Kaschan und Verolowitsch Kämpfe zwischen Truppen und Albanen statt. Cobanga Kaitzka und Zorge sind bombardiert worden. Seit 9 Uhr normirtes wurde auch bei dem Ort die Richtung auf Joz, gekämpft. Beide Gegner hatten erhebliche Verluste erlitten.

**Persien.** Über Anarchie in Nordpersien führt die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ Klage. Die Lage in der Provinz Lenina ist danach äußerst schwierig, da weder die persischen Behörden, noch die Führer der türkischen Regierung, die mehrere Gebiete besetzt hält, für Ordnung und Sicherheit sorgen. Die mohammedanische Bevölkerung zeigt offene Feindschaft gegen die Christen, insbesondere gegen die orthodoxen Tyrer. Die Christenführer beklagen die in ihrer Verleugung befindlichen Christen, Kurden verüben nachlässige Überfälle, rauben die Christenböden aus, entführen die Frauen und junger Leute, den Zellen auszuhandeln. Ein vor 3 Wochen entführtes orthodoxes Mädchen wurde trotz des Protestes des russischen Konsuls nicht ausgeliefert. Ohne das energische Einschreiten Russlands und Englands besteht, das betonen die russischen Offiziere, keine Hoffnung auf Wiederherstellung der Ordnung und Erleichterung der Lage der Christen. — Die Absicht bei Vorbereitung dieser Nachrichten ist notwendig klar. Die Anfertigung ist bis zum 10. d. M. unter dem Namen „Petersburger Botschaft“ unrichtig, daß die deutsche Gesellschaft die Konzeption für die Schifffahrt auf dem Urmlose erhalten habe. Die persische Regierung vermöge wegen der inneren Streitigkeiten, den Zellen nicht zu handeln. Die erwähnte Konzeption könne von keinem persischen Minister verlassen sein, sondern von dem Emir Kuli Mirza, der den Befehl für die Schifffahrt auf dem Urmlose vom Schah Nair Eddin erhalten zu haben behauptete, aber kein Dokument darüber besitze und kein Recht habe selbst eine Konzeption zu erteilen.

**Sichin.** Zum Spanierkriegsfall in Sichin ist, wie der Londoner Morning Post aus Schanghai gemeldet wird, der Kurir zum Bestimmung worden.

**Japan.** Der „Standard“ erzählt, die in Paris geführten Verhandlungen für eine bedeutende neue japanische Konzentrationssanleihe befinden sich in einem vorgeschrittenen Stadium. Der in Frankreich ausbeutende Betrag soll sich auf 5 Millionen Pfund Sterling belaufen. Die Sanleihe würde in London weitere 9 oder 10 Millionen angeboten werden. Die gesamte Anleihe ist zur Konzentration der hauptsächlichsten fünfprozentigen japanischen Anleihen in eine vierprozentige Äquivalente bestimmt. — Auf Anregung russischer und japanischer Kaufleute hat sich in Charbin eine russisch-japanische Gesellschaft gebildet, die gegenwärtig Verhandlungen mit beiden Nationen zur Angelegenheit. Als Mittel hierfür sind ins Auge gefasst das Vereinen der Sprachen, das Studium der Kultur und des Wirtschaftslebens beider Völker und die Förderung der Entwicklung der Handelsbeziehungen.

## Deutschland.

Berlin, 27. April. Der Kaiser machte gestern vormittag in Straßburg, i. E. in Begleitung des Professors Dr. Herzogell einen Spaziergang und folgte um 12 Uhr einer Einladung des Staatssekretärs Freiherrn Jörn von Eulach zur Frühstückstafel. Die Kaiserin und die Prinzessin machten gestern vormittag einen Spaziergang in der Danciger. Die Kaiserin beschickte später das Waisenhäus in Neuendorf und empfing, in den Kaiserpalast zurückgekehrt, die Gemahlin des kommandierenden Generals v. Fabed. Um 2 Uhr nachmittags fuhr der Kaiser mit militärischem Gefolge in Automobilen nach We. Dort trug der Kaiser an der kürzlich wieder hergestellten öffentlichen Mänge aus. Der Bezirkspräsident Graf Zepelin-Nichhausen begrüßte ihn mit einer Ansprache, in der er auf die Bestrebungen des Vereins für lothringische Geschichte und Altertümer einzog und dem Kaiser für das diesen Bestrebungen entgegengebrachte Interesse dankte. In seiner Erwiderung betonte der Kaiser den hohen Wert, den er auf die Pflege geschichtlichen Sinnes lege, und gab seiner Freude Ausdruck, dies zeitvolle Werk patriotischer Baufürsten kennen zu lernen. Der Bürgermeister von We dankte dem Kaiser für seinen Besuch. Ehrentugendfrauen in lothringischer Tracht, die Mitglieder der städtischen Verwaltung, der Ortsparthei und Vertreter des Vereins für lothringische Geschichte standen am Eingang der Mänge und wurden vom Kaiser aufs freundlichste begrüßt. Hieraus wurde das Innere des Hauses eingehend besichtigt; die Ehrentugendfrauen reichten Wein und Malconen. Nach etwa einstündigem Aufenthalt wurde die Fahrt nach Urville fortgesetzt, wo der Kaiser um 6 Uhr 20 Min. gleichzeitig mit der Kaiserin eintraf, die um 3/4 Uhr Straßburg mittels Sonderzuges verlassen hatte. In ihrer Begleitung befand sich die Prinzessin Wiktoria Luise. Die Stadt Weh hat reichen Flaggenschmuck angelegt. Das Wetter ist veränderlich.

— (Eine Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und König Edward) sollte, wie der Berliner Korrespondent des „Standard“ behauptete, im August d. J. stattfinden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt hierzu, daß ein Kaiserlicher Hoflager von dieser Begegnung nichts bekannt ist.

— (Der Kaiser und Dr. Curtius.) An der Paradeplatz im Kaiserpalast zu Straßburg nahm auch

Dr. Curtius, der Präsident der Kirche Augsburgischer Konfession, teil. Man wird sich erinnern, daß vor drei Jahren Dr. Curtius wegen der Herausgabe der Memoiren des Reichskanzlers Hofenlohe von der Liste der Eingeladenen gestrichen wurde und auch im letzten Jahre noch nicht empfangen wurde. Man legte Dr. Curtius sogar nahe, von seinem Amte zurückzutreten, ja man sprach davon, er solle durch gezwungen werden, was aber nicht ging, da er keine Staatsstellung inne hat. Jetzt ist die Wölfe scheinbar gewichen.

— (Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg) ist an Influenza erkrankt und mußte am Montag das Bett hüten. Das Bedenken ist aber bereits soweit gebessert, daß er vermutlich in der Lage sein wird, den Verhandlungen im Herrenhause über die Wahlrechtsreform beizuwohnen.

— (In der Plenarsitzung des Bundesrats) die am Montag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Weremuth stattfand, wurden mehrere Beschlüsse des Reichstags zu Petitionen dem Reichskanzler überwiesen. Die vereinigte Ausschüsse des Bundesrats für Zoll und Steuern und für Handel und Verkehr hielten am Dienstag eine Sitzung ab.

— (Der Eisen-Ausschuß der deutschen Landes-Versicherungsanstalten) trat im Dienstgebäude der Landesversicherungsanstalt Berlin zu einer Sitzung zusammen, um zum Entwurf der Reichs-Versicherungsordnung Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, eine Reihe dringender wünschenswerter Änderungen, welche im Entwurf unberücksichtigt geblieben sind, der Kommission des Reichstags zu unterbreiten und hierzu die Zustimmung der Gesamtheit der Versicherungsanstalten in einer am 12. Mai stattfindenden Vollversammlung einzuholen. Von besonderer Bedeutung sind zwei Beschlüsse: Es soll den Versicherungsbeschörden keine Sonderstellung gegenüber den Versicherungsträgern eingeräumt werden, es soll vielmehr ausdrücklich im Gesetz bestimmt werden, daß die Versicherungsträger in gleicher Weise wie die Leiter der Versicherungen berufen sind. Es wird ferner verlangt, daß die Kosten der Versicherungsämter nicht den Versicherungsträgern zur Last fallen; eventuell will ein Zurückgreifen auf die im bestehenden Gesetz vorgezeichneten Versicherungsämter empfohlen.

— (Eine Absage) hat der Bund der Landwirte nun auch von der Großindustrie erhalten. Auf dem Festmahle des Zentralverbandes deutscher Industrieller hatten Graf Schwerin-Bölow, der Präsident des Reichstags, der sich auf diesem Festmahle mehr als Präsident des Landwirtschaftsrates fühlte, und Freiherr v. Wamp mit den nationalliberalen Rednern das Thema über die Interessengemeinschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft, d. h. die Solidarität von Großindustrie und Großagrarierum, besprochen. Fast konnte es scheinen, als sollte hier zwischen der schweren Industrie und dem extremen Liberalismus ein Pakt eingeleitet werden. Gegen solche Kombinationen setzt sich nun der Zentralverband deutscher Industrieller selbst zur Wehr. „Es sei allen gemein bekannt, daß Generalsekretär Wuech immer für das Zusammengehen von Industrie und Landwirtschaft eingetreten ist. Wo und wann er sich aber zu dieser Frage äußerte, hat er immer freigegeben zwischen der Landwirtschaft und der Industrie. Diesen hat er stets als den Feind der Industrie und ihrer berechtigten Bestrebungen in entschiedenster Weise bezeichnet und bekämpft.“

## Parlamentarisches.

— In der Budgetkommission des Reichstags wurden am Dienstag die Anträge Erbsberger und Gattmann abgelehnt gegen die Stimmen desentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung, desgleichen der sozialdemokratische Antrag. Der Staatssekretär gab eine Erklärung ab, in der er die vom Zentrum geordneten Gutachten zugibt, ebenso die Vorlegung einer Denkschrift über die direkte Besteuerung im Sinne der freikörperlichen Forderung, desgleichen die Revision des Verregesetzes. Die Einführung eines besonderen Einkommen-Verregesetzes ist ihm ungnädig. Die Resolution von Brodhagen, betreffend die Erhebung besonderer Steuern, wurde angenommen gegen die Stimmen der Freikonserativen und Nationalliberalen. Die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung über die zwingende Einführung des Reichstags und Bundesrats bei der Erteilung von Land- und Bergwerkskonzessionen wurde mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die Budgetkommission übernimmt keine Verantwortung für den Beschluß der Verträge mit der Deutschen Kolonialgesellschaft; dies wurde ausdrücklich festgestellt.

— Die Beratung der Kommission für die Zuwachssteuer drehte sich, wie man uns von parlamentarischer Seite schreibt, am Dienstag um die Frage der Anrechnung von Zinsen des Erwerbsteuers. Die Vorlage der verändernden Regierung wollte in § 15 Nr. 4 nur eine 4prozentige Verzinsung des Erwerbsteuers unbearbeiteter Grundstücke unter Abzug der Zinse auf längstens 6 Jahre zulassen, die der Verkäufer vor der Veräußerung bebaut hat. Nur für



eine Übergangszeit von 4 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes wollte die Vorlage in § 53 allgemein einen 4 prozentigen Abzug für 6 Jahre zulassen. Die vorliegenden Anträge bezweckten eine weitere Ausdehnung des Zinsenabzuges. In erster Linie war an die Verschärfung der Tertainspekulation gedacht, die große Kapitalien in Grundstücken festlegt in der Hoffnung, bei späterer Veräußerung in dem Erlöse zugleich einen Betrag ihrer Preisverluste zu finden. Deshalb wollte ein Antrag der Nationalliberalen bei unbeanstandeten Grundstücken einen Abzug von 4%, Zinsen gestatten unter Gegenrechnung der Einnahmen. Ein Antrag der Konfessionsvereine erweiterte die Zinsabrechnung auf alle Grundstücke, ermäßigte aber den Zinsfuß auf 3%. Ein Zusatzantrag des Zentrums will die Zinsabrechnung auf 15 Jahre beschränken. Die grundsätzliche Erweiterung drehte sich um die Frage der Berechnung einer Zinsabrechnung bei Baugrundstücken. Die wirtschaftliche Vereinigung und einzelne Mitglieder des Zentrums lehnten jede Zinsabrechnung ab. Angenommen wurde der Zentrumsantrag mit einigen von der fortschrittlichen Volkspartei bestrittenen Zusätzen. Es sollen also von dem Verkaufspreis abzugsfähig sein 3% Zinsen des Erwerbepreises vom Tag des Erwerbes ab, jedoch nicht länger als 15 Jahre zurück, mit der Maßgabe, daß auf den Zinsabzug der während der Zeit aus dem Grundstücke erzielte Ertrag, bei fortwährendlich genügenden Grundstücken auch der Wert des Zuwachses anzurechnen ist.

Der Unfall des Zentrums in der Kalk-Kommission. Nach den ungewissensten Erklärungen, die drei Vertreter des Zentrums namens ihrer Fraktion abgegeben hatten, daß diese dem Kalkgesetz nur dann zustimmen würden, wenn der Schutz der Arbeiter durch die gesetzliche Sicherung von Tarifverträgen im Kalibergbau gewährleistet sei, war die allgemeine Überzeugung, daß damit das Kalkgesetz gesichert sei, da der Handelsminister die betreffenden Anträge für unannehmbar erklärt hatte. Aber das Zentrum bringt es fertig, auch gegenüber einer solchen Festlegung noch unzufallen. Ein Antrag Brodhaußen, der von Arbeitern die Durchschnittslöhne des Jahres 1909 dadurch sichern will, daß Herabsetzung der Löhne oder Verlängerung der Arbeitszeit durch eine Kürzung der Beteiligungssätze der Werke am Ablass gestraft werden soll, wird am Mittwoch angenommen werden mit einem Zusatzantrag Müller-Kaulba, wonach die Bestimmungen auf solche Werke erst

Platz greifen soll, wo Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbart sind. Der Antrag kann einfach dadurch illusorisch gemacht werden, daß sämtliche Werke sich über gemeinsame Lohnverabredungen verständigen. Aber auch wenn das nicht geschieht, welche Sicherung ist den Arbeitern gegeben, daß die Löhne entsprechend der fortschreitenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse mitsteigen? Der Antrag ist ein Stein statt eines Brotes. Alle fortschrittlichen und sozialdemokratischen Anträge, für die das Zentrum noch in der Debatte sich erklärt hatte, brachte dasselbe Zentrum dadurch zu Fall, daß es immer so viel Stimmen abkommandierte als nötig waren. Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums ist damit wieder einmal in ein glänzendes Licht gestellt.

### Vermischtes.

**\* (Zur Überschwemmung in Serbien)** Nach den letzten Nachrichten hat die Überschwemmung viel größere Vermittlungen angefaßt, als anfänglich gemeldet wurde. Man schätzt jetzt den Schaden auf mehrere Millionen. Der untere Teil der Stadt Krakrajow ist verwüstet; zahlreiche Familien haben ihre Habe verloren. Die Dörfer in der Umgebung von Krakrajow haben großen Schaden erlitten. Die Winter- und Feldfruchtsaaten sind vollständig vernichtet. Infolge der unaufrichtigen Angaben ist die Morana über die Ufer getreten und fließt fortwährend, die Dörfer und die ganze bewohnte Gegend überschwemmend. Die ausgebeutete Niederung bildet einen einzigen See. Fast überall sind Häuser eingestürzt. Ein großer Teil des Kleinviehs ist ertrunken. Die genaue Zahl der umgekommenen Personen ist noch unbekannt, aber sehr jedenfalls groß. Der Jagenerker auf der Hauptlinie Belgrad-Nisch ist zusammen mit seinen Besatzungen untergegangen; die Passagiere werden mit Pontons in dem überschwemmungsgbiet übergesetzt.

**\* (Schwere Unwetter)** gingen im mittleren Westen der Vereinigten Staaten nieder. Der auf den Feldern angerichtete Schaden wird auf 30 Millionen Dollars geschätzt.

**\* (Am Kreuz geknüpft)** In Areola im Staate Pennsylvania beschuldigten ein Arbeiter einen Mann namens George Rabih der „weißen Sklaverei“, die er im Auftrage der Minengesellschaft betriebe. Sie führten, wie dem „Berl. Tagebl.“ berichtet wird, fünf Säue und schleppten Rabih bis ans andere Ende der Stadt. Dort stiegen sie ihm eine Dornenkrone aufs Haupt und nagelten ihn an ein Kreuz, das aus Strohblößen hergestellt war. Darnach schickte man ihn nach dem biblischen Vorbild. Die Bergleute vernichteten ein Fäß Gekochtes am Kreuz und weideten ihn an den Qualen ihres Opfers. Rabih starb nach wenigen Minuten. Vier der Teilnehmer an diesem brutalen Akt der Lynchjustiz wurden verhaftet, nachdem sie den Polizeibeamten einen heftigen Kampf geliefert hatten.

**\* (Zu der Explosion) in der Kohlenmine bei Amsterdamm (Ohio)** wird uns gemeldet: John Mann wird lebend, dreizehn fast guttate gefördert worden. Zwei Mann werden noch vermisst.

**\* (Entdeckung eines Mordes durch einen Polizeihund)** Einen bemerkenswerten Erfolg hat der Diensthund Boltso von der Berliner Kriminalpolizei in dem Dorfe Wädrig bei Wilmshausen gehabt. Vor einigen Wochen war aus Wädrig plötzlich der Lehrer Paul J. S. m. er vermisst worden. Die Ermittlungen ergaben, daß er zuletzt mit dem Bauern Kuhnert nach dem 2 Stunden entfernten gelegenen Orte Neugutlin zu gegangen war. Kuhnert behauptete nun, er sei mit J. zusammen vor diesem über einen Briefwechsel gegangen, der einen Graben überdrückte. Wädrig sei J. hinter ihm verschwand, und er habe ihn nicht wiederfinden können. Das war ihm so auffallend, als auch ein gründliches Blühen des Grabens die Suche des Vermissten nicht weiter führte. Sehen Tage später ließ sich die Postbetriebsbede Boltso von Berlin kommen. Der Hund erhielt von Bekleidungsstellen des Lehrers Witterung, spürte aber an dem Steg nichts auf. Dagegen spürte er mit erneuter Witterung nach der Warte von dort über eine Gasnarbe nach einem Bahnhofslopf. Von diesem sprang er endlich ins Wasser. Als man die Warte absuchte, fand man am Bahnhofslopf einen Leiche; sie wies mehrere Verletzungen und Blutergüsse am Hals auf. Es wurde weiter festgestellt, daß der Bauer in einem Strafprozess verurteilt ist und mehrmals verurteilt hat, den Lehrer zu einer falschen Aussage zu verleiten. Kuhnert wurde darauf unter dem dringenden Verdacht, den Lehrer umgebracht zu haben, in Haft genommen.

**\* (Ein verhängnisvoller Bootssturz)** hat sich am Sonntag nachmittags in W. entb. in Bayreuthgetragen. Auf dem Blauersee tonterte ein Boot mit vier Passagieren bei dem Versuch, es an einem Schloppzug zu befestigen. Drei Knaben im Alter von 13 und 8 Jahren sind ertrunken, während ihr Vater und Onkel gerettet wurden.

**\* (Selbstmord eines Kinderläubigen)** Der 19-jährige Schüler einer höheren Lehranstalt in G. l. l. W., wurde, er schloß sich in der Küche der Wirtin auf. Das Motiv der Tat ist vermutlich in einem Zwistnis mit seinen Eltern zu suchen. — In München hat sich der 17-jährige alte Kadeit Hans v. Mengden, der Sohn eines Hamburger Kaufmanns, in der Nacht zum Montag von einer Brücke in die Isar gestürzt. Seine Leiche wurde am Ufer getrieben. Der Grund zur Tat ist noch nicht festgestellt worden.

### Reklame teil.

Nun bleibt mir gefälligst einmal vom Seibe mit all dem faulen Zeug, das mich gründlich den Magen verdorben hat, ohne gegen meine Katarrch vorzüglich zu helfen. Jetzt will ich Sodenere haben — aber daß mit auch nur die ächten von „Bay“ gebraucht werden. Man hört's überall, daß die mit so einem Katarrch im Handumdrehen aufsteigen und nebenbei auch für Magen und Darm eine Wohlthat sind. Fays ächte Sodener gibt's in Apotheken, Drogerien etc. für nur 85 Pf. pro Schächtel.

**Anzeigen.**  
Bei diesen Zeilen übernimmt die Redaktion den Publikationsgegenstand keine Verantwortung.

**Familiennachrichten.**  
Für die uns anlässlich unserer silbernen Hochzeit in so reichem Maße erwiesenen Ehrungen und Aufmerksamkeit sagen herzlichsten Dank  
Hermann Sachse, Polstler-Frg., und Frau.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.  
Otto Schulz und Frau  
Martha geb. Göhle.

Dienstag nachmittag 5 1/2 Uhr hat unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, die verw.

**Frau Langohr**  
geb. Schellnack.  
Dies zeigen tiefbetrübt an die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr vom häuslichen Firtobhause aus statt.

**Danksagung.**  
Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Bruders und Schwagers, des Wirtshausleiters  
Otto Henckel,  
sagen wir Dank den Belegerevereinen Bedra-Braunsdorf für die Ehrenbegleitung und Trauermusik. Dank auch dem Herrn Lehrer Wegel nebst Schuljugend für den schönen Gesangsbeitrag, sowie allen denen, die seinen Sarg mit Kränzen und Blumen schmückten. Möge Gott allen ein reiches Vergelten sein.  
Braunsdorf, Kleisa, St. Michael, Berlin, den 26. April 1910  
Die trauernden Hinterbliebenen

Freundliche Wohnung, 5 Zimmer nebst Zubehör, in anständigen, ruhigen Hause sofort zu vermieten und zum 1. Juni zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Wer beteiligt sich als stiller Teilhaber mit 5-10000 Mark an einem hohen Gewinn bringenden Unternehmen. Kapitalistischerstellung. Offerten unter U 10085 an Hausmann & Vogler, H. G., Halle a. S.

Montag den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter

**Bertha Hoffmann**  
geb. Berger

im vollendeten 56. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Karl Hoffmann.**  
**Ida und Elise Hoffmann.**

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Altenburger Friedhofes aus statt.

**persil**

gibt blendend weiße Wäsche, ersetzt die Rasenbleiche und spart Zeit, Arbeit und Geld! Alleinige Fabrikanten:  
Henkel & Co., Düsseldorf, auch der seit 34 Jahren weltbekannten

**Henkel's Bleich-Soda**

Unt. erhält. Kinderwagen in Gummirollen und ein Sportwagen stehen billig zum Verkauf  
Kleine Ritterstraße 6. Hintershaus

Ein eichenes Büffett und gut erhaltenes Damenfahrrad (Oppel) zu verkaufen  
Seiffersstraße 6.

10 Holzbassins, rund, je 30 2 obm fassend, als Waffelbäckkäse für Gärtner passend, verkauft billig  
E. Karlsruh, Ammendorf.

**Bauholz,**  
ja. 20 obm Rantholz, billig zu verkaufen  
Lützendort Nr. 14.

Frische Der-Mordeln, frischen Odenwälder Waldmeister, geräucherte Elb-Nale, Kieler Bücklinge, hochfeine Matjes-Geringe, Malta-Kartoffeln, frischen russischen Salat  
empfehlen  
C. L. Zimmermann.

**Kinderwagen, fast neu,**  
zu verkaufen  
Güterstraße 15.

**Königsberger**  
**Pferdelotterie**

günstigste Gewinnchancen  
Ziehung 25 Mal er. Gewinne:

9 Equipagen  
alle kompl. bespannt, dar.  
2 Viererzüge  
46 einzelne ostrp. Reit- und Wagenpferde, zusammen  
68 Pferde, 3040 massive Silbergegenstände  
Lose a 1 Mk., 11 Lose 10 Mk.

Berlin. Motorbootlose W. d. Hauptgewinn 50 000 Mk., Ziehung 12 Mal, à 3 Mk. Losporto 10 Pf., jede Gewinnliste 20 Pf. extra empf.

**Leo Wolff,**  
Königsberg 1 Pr., Kanstr. 2, sowie hier Carl Brendel

Buchdrucker-Verein  
**Gutenberg 1887.**

Sonntag den 1. Mai  
**Familien-Ausflug nach Meuschau.**  
(Kaffeehaus.)  
Daselbst von nachmittags 3 und abends 8 Uhr ab  
**Tänchen.**  
Der Vorstand.

Eine Aufwartung  
für sonntags mit zum 1. Mai gelacht  
Gutenbergstraße 10 1.



### Achtung!

Fahrräder und Nähmaschinen  
bei geräucher An-  
gabe auf Zeitzahlung  
zahlung  
Kurze Straße 9



Erklaffne  
Rohr Möbel  
Phönix-  
Klappstühle  
in  
grosser Auswahl

Albert Kunth,  
Gottschalkstraße  
Nr. 30.

### Hackmaschinen!

Zur beschleunigten Arbeit empfiehlt  
ich meine bekannteren und bewährtesten Hack-  
maschinen für alle Hackrührer, sowie

**Hack- und Häufelplüge**  
in bester Ausführung. Ferner:

**Handhackmaschinen,  
Doppel- u. Einradhacken.**

**Universalhacken**  
in allen Breiten, auch mit auswechselbaren  
Blättern.

Mehrere gut erhaltene  
**Sacksche Hackmaschinen**  
billig zu verkaufen.

**Fabr. landw. Masch. u. Geräte**

**B. Bornschein**  
Bad Lauchstädt Bez. Halle.

**Allerf. Korbbrückerlinge,**  
5 Stück 20 Pf.

**Oelsardinen,**  
Büchse 60 Pf.

**Pfeifergurken,**  
Bündel 40 Pf.

**Bratheringe, Rollmöpfe**

**russ. Sardinen**

empfiehlt  
**Adolf Kunecke,**  
Gutenbergstraße.

### Frische Eier

(1 Stück 6 Pf., Dutzend 85 Pf.) empfiehlt  
**A. Speiser, Breite Str. 13.**

### Für Kinder

ist die beste Kinderzucker da süßert milch  
und mostwendend für die empfindlichste Haut  
**Bergmanns Buttermilch-Seife**  
von Bergmann & Co. Nordseeufer  
a. St. 80 Pf. bei W. Fuhrmann, August  
Berger, Reink. Küche

### Zollinhaltserklärungen

nach der am 1. Juli d. J. in Kraft ge-  
tretenen Postvorschrift abgeändert, hält  
verzüglich  
Buchdruckerei **Th. Rössner,**  
Merseburg, Leipzig.

### 14 tote Ratten

find Herr Bahndirektor Capel, Merseburg  
nach Anlegen eines Bastes. Es schmeckt  
prächtig. Baste 50, 100 Pf. Menschen  
Schlüssel, Hautkräuter nicht schädlich, nur  
Mäusen, Ratten, Dom-Apotheke  
Merseburg.

### Kindermwagen,

besten Weidenford, Lederhüchschloß, ver-  
nickelte Sturmn und  
Schleichenhangen **Mk. 10.75.**  
Verlangen Sie Prospekt für gratis

**M. Bär, Halle a. S.,**  
Große Ulrichstraße 54.  
Rahatimaten, heltes Spezialbier.

### Bündorf.

**Zum Jugendball**  
Sonntag den 1. Mai laden freundlich ein  
die Jungen Burschen. A. Konrad, Gastwirt.

**Sonntag den 1. Mai 1910**  
abends 8 Uhr

im  
Etablissement „Strandblöthen“ Merseburg  
einmaliges Gastspiel des berühmten

**E. Waldow-Ensembles, Leipzig.**

(Direktion: E. Schilde-Waldow, Leipzig, Georgiring 8 b)

Gesangsensemble in höchster Vollendung und vornehmster  
Aufmachung. — Brillante Kostüme. — Kräfte ersten Ranges.  
— Humoristische Salon- und Charaktervorträge, Duette,  
Singspiele und Burlesken in höchster Dezenz.

Karten im Vorverkauf bei den Herren: Kaufmann W.  
Bergmann, Gottschalkstraße, Fröhner, J. Garrengeschäft, Kleine  
Ritterstraße, K. Kretschmar, Neumarkt

## Grosse Aufgaben

hat die einheimische Nahrungsmittel-  
Industrie zu erfüllen, wenn sie bei der  
ständigen Bevölkerungszunahme den  
Ansprüchen an einen wohlfeilen und  
guten Ersatz für die immer teurer  
werdende Butter nachkommen will.  
Hier schaffen einen vorzüglichen  
Ausgleich die bewährten und be-  
liebten Marken

### Palmafo

allerfeinste Pflanzenbutter-Mar-  
garine — wirklicher Ersatz für  
feinste Meiereibutter — und

### Manna

das feinste Cocosspeisefett zum  
Kochen, Braten und Backen,  
von grösster Ausgiebigkeit  
und sparsam im Gebrauch.

Überall erhältlich!

Aleingige Fabrikanten:

A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld

### Donnerwetter tadellos

## Mundosa

(alleiniger Erfolg für frische Tafelbutter).

1 Pfund 85 Pf.

Hierauf zur Einführung bis 7. Mai 2 Tafeln Schokolade gratis.

Mundosa muß nach dem Gesetz als Margarine verkauft werden.

**Otto Gottschalk Nachf.,**  
Markt Nr. 11.

## Lange Zeit frisch

hält sich folgender Kuchen.

### Dr. Dettler's Plumkuchen.

Zutaten: 250 g Butter, 375 g Zucker, 6 Eier, 500 g Mehl,  
4 Päckchen Dr. Dettler's Backpulver, 10 g gehobener Zitrus,  
1 klein gehackte Feigen, 1/2 Pfund Korinthien, 50 g Orangen-  
schale, 50 g Zitronat, 1/2 Liter Milch.  
Zubereitung: Die Butter rühre schaumig, gib Zucker,  
Eier, Milch, Mehl, letzteres mit dem Backpulver gemischt, hinzu  
und rühre die Gewürze. Fülle die Masse in die gefettete Form  
und backe den Kuchen ca 1 Stunde.

Dr. Dettler's Backpulver macht Kuchen und Mehlspeisen  
groß, locker und leicht verdaulich.

### Ausgekämmtes Haar

tauft zu höchsten Preisen  
Gottschalkstraße 32.

## Reichstrone.

Täglich  
**grosses Konzert**

humoristischen Bauernensemble  
„Fidelitas“.

Sonntags  
**3 Konzerte.**  
Hochachtend M. Kuletzsch.

## Martini's Waldhaus.

München. Tel. 34.

Im Waldsee gelegen 15 Min.  
von der Stadt entfernt  
Herliches Ausflugsziel.  
Gute Verpflegung.

## Funkenburg.

Es steht meine renovierte  
**Regelbahn**

in  
**Bereinszimmer**

einer gest. Benutzung.  
Hochachtend **Reinhold Fittig**

## Bellevue.

Donnerstag den 28. April  
**Schlachtfest.**

Abends 10 Uhr: **Beifisch**  
abends frische **Wurst und Statwurst.**  
Gegenüber erachtet ein  
**Albert Beck.**

## Dauers Restauration.

Heute  
**Schlachtfest**

**Deutscher Kaiser.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**

Heute  
**Schlachtfest.**



# Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

Nr. 98

Donnerstag den 28 April 1910

36. Jahrg

## Das Handelsgremium zu Hamburg.

dessen Vorsitzender der Reichstagsabgeordnete Wang ist, spricht sich in seinem Jahresbericht nicht sehr befriedigt über das Ergebnis des Jahres und sehr pessimistisch über die Zukunft aus. Es wird ausgeführt:

Das Berichtsjahr zeigte zwar gegenüber den unter dem Druck einer schweren Krise gehandenen Vorjahren eine leichte Besserung, aber die Erholung war so gering und keineswegs auf allen Produktionsgebieten zu bemerken, so daß das Jahr 1909 nicht als ein gutes bezeichnet werden kann. Einen günstigen Einfluß übte der verhältnismäßig rasche Verlauf der amerikanischen Krise; auch die ziemlich gute deutsche Ernte machte sich vorteilhaft bemerkbar. Dagegen wirkte die ungünstige finanzielle Lage des Reichs hemmend auf das Vertrauen im allgemeinen und die unerkennliche Bösung durch die Finanzreform mit ihren schweren Belastungen für einzelne Gewerbezweige, wie die Brauerei und Tabakindustrie, über einen förmlichen Druck auf das gesamte Geschäftleben. Unter diesen Umständen konnte die bereits eingetretene Besserung in der Industrie keine wesentlichen Fortschritte machen, so daß auch die letzten Monate des Jahres keinen ersten Aufschwung erkennen ließen.

Andersjenseits führte die verteuerte Lebensunterhaltung zu einer Gehaltserschöpfung der Beamten und als Folge zur Erhöhung der Steuerlasten in Staat und Gemeinde. Hier von sowie von der Erhöhung der Preiselöhne wird wiederum Industrie, Handel und Gewerbe am härtesten betroffen, und es muß sich in der Folge erweisen, so es dem Gewerbe gelingen wird, die derzeit erhöhten Produktionskosten auf die Abnehmer abzuwälzen. In einer Zeit hohen Geschäftsganges wäre das jedenfalls viel leichter möglich. Wenn man aber insbefondere beachtet, wie sich die Maßnahmen des Auslandes gegen unsere Ausfuhr wenden, wie sich neuerdings Frankreich abschließt, wie selbst Staaten wie Portugal unsere Einfuhr erschweren, und wenn man die Vorgänge in England betrachtet, wo möglicherweise durch eine Änderung der Zollpolitik unserer Export eine große Gefahr droht, muß man mit Besorgnis in die Zukunft blicken.

So befindet eine sachverständige Stimme nach der anderen den „Segen“ der allgemeinen Hochkonjunktur!

## Deutschland.

— (Wird das Arbeitsamergesetz handhaben?) Die erste Lesung in der Kommission für den Entwurf eines Arbeitsamergesetzes ist beendet, die zweite dürfte noch im Laufe der Woche stattfinden. Die Kommission hat in Übereinstimmung mit den Vorschläffen in der ersten Session der laufenden Legislaturperiode eine Reihe grundlegender Änderungen an dem Entwurf vorgenommen, nämlich die Herabsetzung des Lebensalters für die Wahlberechtigung und die Wahlbarkeit, die Einbeziehung der Werkmister in die Arbeitsämtern, die Errichtung der Kammern durch den Bundesrat an Stelle der Landeszentralbehörden, die Unterstellung der Arbeiter in Eisenbahnverhältnissen unter die Kammern und die Wahlbarkeit der Arbeiterreferenten. Hierzu bemerkt eine offiziöse Korrespondenz u. a.: Daß die Regierung der Unterstellung der Eisenbahnarbeiter unter die Arbeitsämtern unter keinen Umständen zustimmen werde. Die Gründe hierfür seien wiederholt kargetelt worden. In der letzten Tagung hatte deshalb die Kommission auch in der zweiten Lesung diese Forderung fallen lassen. Und deswegen besetzte auch jetzt noch die Möglichkeit, daß der Kommissionsbeschluß aufgehoben wird. Dagegen scheint eine Verftändigung über die Wahlbarkeit der Arbeiterreferenten nahezu abgeschlossen. Man muß damit rechnen, daß auch das Plenum des Reichstages diesen Beschluß der Kommission aufrecht erhält, für den Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie eintreten. Zwar die Regierung ist er unannehmbar aus politischen und praktischen Gründen. In dieser Frage kann das ganze Gesetz scheitern, um dessen Einbringung sich der Reichstag über zehn Jahre lang bemüht hat. Kommt es aber, so schließt die Korrespondenz ihre Ausführungen, diesmal nicht zu einer Verabschiedung der Vorlage, so darf es wohl als ausgeschlossen gelten, daß in der nächsten Legislaturperiode dem Reichstag ein neuer Entwurf vorgelegt wird.

— (Der Gegenentwurf betr. die Aufhebung des Hilfsklassengesetzes) ist vom Bundesrat angenommen worden. Dem Reichstag war bereits 1905 ein Entwurf für ein Hilfsklassengesetz zugegangen, der auch von einer Kommission durchberaten war. Die Reichstagsauflösung des nächsten Jahres machte seine Verabschiedung unmög-

lich. Im Mai 1907 wurde eine neue Vorlage unter Berücksichtigung der Kommissionsbeschläffe eingebracht, die nach zwei Jahren in vorigen Sommer durch den Beschluß des Reichstags das gleiche Schicksal wie die erste Vorlage erlebte. Da aber die eingeschriebenen Hilfsklassen auch nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung als Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, sobald sie in ihrer Leistungsfähigkeit hinreichend gesichert sind, bestehen bleiben sollen, ist die Einbringung einer neuen Vorlage erforderlich, die bei der engen wechselseitigen Beziehung zur Reichsversicherungsordnung in Betracht kommen muß. Die neue Vorlage hat aber eine Umgestaltung gegen ihre beiden Vorgänger erfahren. Denn der Teil des Entwurfs, der das Verhältnis der Hilfsklassen zu den Krankenkassen regelt, ist in die Reichsversicherungsordnung übergegangen. Dort werden auch die Voraussetzungen festgelegt, unter denen die Versicherungsvereine als Ersatzklassen zugelassen werden dürfen. Es bleiben daher nur noch die allgemeinen Bestimmungen der Hilfsklassen einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten. Gefordert wird in Zukunft eine Mitgliederzahl von 1000 Mitgliedern. Der Beitritt zu den Hilfsklassen darf Versicherungsleistungen nicht verweigert werden, wenn er nach den Satzungen zulässig ist; insbesondere darf der Beitritt nicht vom Lebensalter, Geschlecht oder Gesundheitszustand abhängig gemacht werden. An Leistungen sind mindestens die Regelleistungen der Krankenkassen nach dem Grundlohne zu gewährleisten, der bei der Rentenanlage maßgebend ist.

— (Kaiserliche Marine.) Der R. P. D. „Meist“ ist mit dem zur Entlassung kommenden Besatzungsteil S. M. „Fischer“, „Vorwärts“ auf der Heimreise am 23. April in Aken eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise über Suez nach Port Said fortgesetzt. Der R. P. D. „Gneisenau“ ist mit dem Transport der von S. M. S. „Gondor“ abgelösten Besatzung auf der Heimreise am 25. April in Melbourne eingetroffen und legt am 28. April die Reise nach Abelaide (Südaustralien) fort. S. M. S. „Speyer“ ist am 23. April in Kapstadt eingetroffen und geht am 9. Mai von dort nach Dar es Salaam in See. S. M. S. „Scharnhorst“ mit dem Chef des Kreuzergeschwaders sowie S. M. S. „Reipzig“ und S. M. P. „S. 90“ sind am 24. April in Japan (Japan) eingetroffen. S. M. S. „Nautilus“ ist am 23. April in Kugabon eingetroffen. S. M. S. „Galle“ ist am 24. April in Kiel eingetroffen und am 25. April wieder in See gegangen.

## Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 26. April.) Der Reichstag kam am Dienstag endlich dazu, die so lange hinausgeschobene Wahlprüfung vorzunehmen. Es ergab sich dabei der bisher kaum vorgekommene Fall, daß das Plenum des Reichstages mehrere Wahlen für gültig erklärte, obwohl der Antrag der Wahlprüfungskommissionen auf Ungültigkeit lautete. Nach der bisherigen Praxis wurde in solchen Fällen, wo das Plenum sich einen Antrag auf Ungültigkeitserklärung nicht anschließen wollte, wenigstens die Wiederernennung an die Kommission für weitere Verordnungen beschlossen. Zunächst wurde gemäß dem Vorschlag der Kommission die Wahl des Abg. St. o. w. g. (Ztr.) für gültig erklärt. Auch die Wahl des Abg. Labrovi (Völklinger) wurde als gültig anerkannt, obwohl Abg. Dr. Reumann-Sofor (Fortf. Bp.) darauf hinwies, daß die Wahlprüfungskommission bei dieser Wahl von ihrer bisherigen Praxis abzuweichen ist, wonach sie unbedingt für ungültig erklärt werden müßte, und obwohl er die Unterweisung an die Kommission beantragt hatte, die gegen die Wahl des Abg. St. o. w. g. (Ztr.), deren Ungültigkeit die Kommission beantragt hatte, weil dabei amtliche Wahlbeeinflussungen vorgekommen sind, wurde nach längerer Debatte neuerdings an die Kommission zurückgewiesen, da die Frage, ob tatsächlich eine amtliche Wahlbeeinflussung vorliegt, noch nicht genügend geklärt erschien. Abitater sind das Plenum bei der Wahl des Abg. Reumann-Sofor (Fortf. Bp.) wurde darauf hin, daß die Tätigkeit der Wahlprüfungskommission überaupt keinen Zweck mehr habe, wenn man sich über alle Verletzungen des Wahlreglements hinwegsetze und zwischen den Parteien Abkommen treffe, durch die die Wahlprüfung zu einer Komödie gemacht werde. Auch die Wahl des Abg. Kapfenh (Konj.) deren Ungültigkeitserklärung die Kommission beschloffen hatte, wurde nach kurzer Debatte auf Antrag der Konservativen für gültig erklärt. Debatte für gültig erklärt wurden gemäß dem Antrag der Kommission die Wahlen der Abg. Schwarz-Albed (Soz.) und Dr. Struve (Fortf. Bp.). Bei der Wahl des Abg. Spindler (Zentrum) hatte die Kommission den Antrag auf Gültigkeitserklärung beschlossen. Die Abg. Dr. Reumann-Sofor (Fortf. Bp.) und Fischer (Soz.) bestritten diesen Antrag, weil das Wahlreglement in sich bei dieser Wahl nicht gemacht worden ist, konnten aber nicht verbinden, daß der Antrag der Kommission zum Be-

stimm erhoben wurde. Zu einer längeren Debatte kam es dann noch bei der Prüfung der nationalsozialistischen Wahl und St. o. w. g., bei denen es sich um die Wahlprüfung handelt, ob in einem Eingriff der Wahlprüfungskommission eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung zu sehen ist oder nicht. Auch dem bisherigen Verhalten der Reichstag hatte es keinen Zweck, der durch die Wahlbeeinflussung völlig desavouiert und angefallenen Wahlprüfungskommission noch weitere Arbeit im Hinblick auf die Wiederernennung dieser beiden Mandate zuzugewinnen, so daß auch diese beiden Mandate für gültig erklärt wurden. Daselbst geschah mit sämtlichen anderen auf der Tagesordnung stehenden Wahlen. Am Mittwoch sollen kleinere Vorlagen und Rechnungsgegenstände erledigt werden.

Abgeordnetenhause. (Sitzung vom 26. April.) Das Abgeordnetenhause beendete am Dienstag bei der zweiten Lesung des Futurats als zunächst das Kapitel „Anverwandten“. Eine Anzahl rechtsfähiger Abgeordneter bestritten den Ausbau der Unterfamilie Mütter, dann nahm das Haus einen Antrag der Subkommission an, in den nächsten Etat für die philosophische Fakultät in Münster erhebliche Mittel einzuflechten. Beim Kapitel „Höhere Lehranstalten“ fordert der konserervative Elter der Verteilung des Staatsbudgets für die Unterfamilie Mütter in die in Bayern bestehenden Anstalten. Den Gemeinden müßte ein gewisser Einfluß in der Selbstverwaltung eingeräumt werden, doch dürfe dies nicht in den inneren Bereich übergreifen und die Autonomie des Bundes, des Reichs der Anstalt und der Aufsichtsbehörde untergraben. Diesen Standpunkt verteil auf der Zentrumsidee. Herr Dr. Kautzschmiedler entgegnete, die Interessen der Oberfamilie würden von der Unterfamilie getrennt werden, aber nicht, wenn die Interessen der Kommunen an ihren Schulen nacherkalten. Der Konserervative Herr Glöckner empfahl, humanistische Gymnasien in großem Umfange in Reformgymnasien umzuwandeln. Wünschenswert sei, dem Sport in der Schule größere Beachtung zu schenken, sowie dem Englischen und vielleicht auch dem Russischen eine weitere Förderung anzubringen zu lassen. Der Nationalsozialist Herr Mann erklärte, er sei zwar selber ein großer Freund der alten Gymnasien, dennoch beifürwortete er die Umwandlung von möglichst vielen Gymnasien in Reformanstalten. Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

— Die Petitionskommission des Reichstages beschloß sich in ihrer Sitzung vom 26. d. M. u. a. mit einer Petition von Wählern, betreffs Änderung des Zensusgesetzes. Einmalig bestanden die Wähler die Bestätigung des Zensusgesetzes, andere wollen die Zulassung einer Gewerkschaft, welche impingierendes Eltern das Recht sichert, ihre Kinder nicht zu lassen; ein dritter Antrag bezweckt die durch Gesetz festgelegte Einschuldungspflicht des Reichs für durch die Impfung in ihren zu verhaltenen Wahlen beinträchtigt die dem beabzweckten zu lassen. Ein vierter Antrag wendet sich gegen die gegen Impfgesetze angewandten polizeilichen Zwangsmaßnahmen, endlich wird gefordert, daß die zur Verwendung gelangende Impfung unentgeltlich gestellt werde. Letzteres geschieht bereits und ist der darauf bezügliche Antrag somit gegenstandslos. Die anwesenden Regierungsoberreiter wandten sich an der Hand reichhaltigen Materials an die gegen den Antragenden gegen alle von den Reichstagen vorgebrachten Bemerkungen und Ausführungen. Der Antrag des Impfgesetzes ist unüberleglich bewiesen; die Votensystemen seien in Deutschland trotz der allfälligen Einschleppung durch Ausländer, insbesondere Arbeiter, auf ein reichliches Minimum zurückgegangen, die Kontrolle der Impfung sei sehr sorgfältig, und es seien alle nur erdenklichen antiseptischen Vorrichtungen getroffen. Jeder unterrichtliche Herd könne durch Sicherheit vielfach nicht, sondern handle sorglos oder auch leichtfertig. Die Folge würde dann eben die zu Unrecht der Impfung zugerechneten Fälle, welche die Öffentlichkeit erregen. Die Schaffung einer Gewerkschaft müßte abgelehnt werden, da das Interesse des Einzelnen, dem Interesse der Gemeinwohl gegenüber untergeordnet sei. Von einer Einschuldungspflicht müßte nicht, da ein unbedingter finanzieller Zwangsbeitrag der Gewerkschaften mit der Impfung nicht schwerwiegend zu schenken ist einwandfrei erweisen lassen, abgelehnt werden. Nach 2 1/2 Stunden Debatte wird mit Stimmenerhebung — 16:8 — der Antrag zur Tagesordnung beschloffen.

— Ein Zuzugabkommen zum Handelsabkommen mit Ägypten, das schon im März in Kairo unterzeichnet wurde, wird demnächst dem Reichstag zugehen. Bei den Verhandlungen über die Verlängerung des am 19. Juni 1892 zwischen den beiden Staaten abgeschlossenen Vertrages, der am 12. März 1912 abläuft, wurden von beiden Seiten einzelne Wünsche verhandelt, deren Erfüllung durch die neue Vereinbarung sichergestellt wird. Ägypten ist daran gelegen, daß die bisherige Bestimmung gestrichen wird, wonach solche Einfuhrwaren aus Deutschland, die nicht unter eigener Produktion entfallen, der gleichen Behandlung in Ägypten unterliegen sollen wie die deutschen Waren. Die Ägypter, an sich wenig belangreich, soll bestimmte Modalitäten des Zwischenhandels anerkennen. Ferner soll den ägyptischen Zigaretten die deutsche Besteuerung zugeprochen werden, deren Maß auch die deutschen Zigarettenfabrikate in Ägypten erheben. Andererseits wird den deutschen Handelsreisenden und ihren Warenkuffen die freie Zulassung in Ägypten aus der Zölle befreit und die Anwendung der durch die Berliner Zuzugabkommen vorgezeichneten Konventionen gegen Prämienzucker auf die Einfuhr aus Ägypten formell anerkannt. Am wesentlichen bedeutet das zuzugelassene Abkommen die Fortführung des geltenden Vertrages bis zum 31. Dezember 1917.



## Provinz und Umgegend.

† Halle, 27. April. Zur Anlage einer großen Geflügelkolonie wurden, wie bereits gestern gemeldet, ein Privatunternehmer 100 Mg. Waldbestand der Döblauer Heide überlassen. Es sollen dort ca. 10.000 Hühner gehalten werden. Benutzt sich der Besuch, dann wird man auch in anderen wirtschaftlichen Forsten derartige Geflügelzuchtstationen einrichten, um einen Teil der Versorgung der Bevölkerung mit Eiern und Geflügel, für die jetzt alljährlich weit über 100 Mill. Mark ins Ausland gehen, im Inlande selbst zu besorgen.

† Weisenfels, 26. April. Die 25jährige verheiratete Arbeiterfrau Methfessel versuchte heute mittag aus Furcht vor Strafe wegen kleiner Diebstähle sich und ihre vier Kinder im Alter von acht Monaten bis zehn Jahren zu töten, indem sie sie in die Seele fisch und dann selbst nachsprang. Ein dreijähriger Knabe ist ertrunken, alle übrigen Personen konnten gerettet werden.

† Eisenburg, 27. April. Die national-liberale Partei des Wahlkreises Bitterfeld Delitzsch teilt bei der nächsten Reichstagswahl als erstemal mit einer eigenen Kandidatur auf. In der letzten Sitzung des hiesigen Nationalliberalen Vereins wurde der neue Kandidat, der Konteradmiral a. D. Kalau vom Hofe aus Berlin den Mitgliedern vorgelesen, der sich zur Übernahme der Kandidatur bereit erklärte. Man hat hier im Wahlkreise allem Anschein nach mit vier Kandidaten zu rechnen: Konservativ Kandidat: Grubenbesitzer Bauermeister Deutsche Grube, National-liberaler Kandidat: Konteradmiral a. D. Kalau vom Hofe, Kandidat der Fortschrittspartei: Stadtrat Vello-Hinterfeld, Sozialdemokratischer Kandidat: Pignarfabrikant Raute-Eisenburg. In konservativen Kreisen besteht zwar Neigung, die Kandidatur des Nationalliberalen zu unterstützen, doch ist diese Unterstützung jedenfalls noch sehr zweifelhaft.

† Aßchersleben, 26. April. Gestern nachmittag wurde der Maschinenwärter Karl Ralkstein von hier, der sich der Falschmünzerei schuldig gemacht, verhaftet. R. hatte gestern hier an zwei verschiedenen Stellen versucht, einen falschen Taler in Zahlung zu geben.

† Magdeburg, 27. April. In einem Tobstuchtsanfall versuchte ein Rentier, seine Wirtschafterin zu verheiraten. Er bezog die Tür ihres Schlafzimmers mit Petroleum und setzte diese in Brand. Ferner zertrümmerte er die Scheiben an sechs Fenstern und schlug mehrere Türen ein. Die Hilfskräfte der Wirtschafterin riefen Postkassen und die Polizei herbei, die den Tobstüchtigen im Sanitätswagen nach dem Krankenhaus schafften. Das Feuer konnte von der schnell herbeigekommenen Feuerwehr leicht gelöscht werden. — Die diesjährige Pferdeausstellung und Markt, welche vom 21. bis 24. Mai hier stattfinden sollte, wird für dieses Jahr aufgegeben, da die nötigen Gebäude infolge der Ausperrung im Baugewerbe nicht aufgeführt werden können.

† Genthin, 26. April. Unter einer für unsere Einwohner nicht gerade schmeichelfhaften Motivierung hat der Bürgermeister den Maifestzug verboten: „Die von Ihnen am heutigen Tage nachgelegte polizeiliche Genehmigung zu dem am 1. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom hiesigen Marktplatze nach Köpferden- und Bismarckstraße nach Köpferden von Ihnen zu veranstaltenden öffentlichen Umzug wird verboten, weil aus dieser Veranstaltung des Unzufolge Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Erst vor kurzem sind in einer Nachbarschaft bei den Wahldemonstrationen aufjagend aus den Häusern Äpfel, Zeller, Schaffeln usw. auf die Demonstranten nach den Straßen geworfen worden, wodurch nicht nur die Demonstranten selbst, sondern auch sämtliche Fuß- und Fahrweg-Postkassen gefährdet wurden. Eingeleitete Verhalten der hiesigen lokalen Bürgerschaft sieht eventuell zu erwarten und dürfte es in ihrem eigenen Interesse liegen und um ihrer eigenen Sicherheit willen angebracht erscheinen, daß dieser Umzug nicht gestattet wird. Es war daher die nachgeforderte Genehmigung — wie gefolgt — zu verweigern. Die Polizeiverwaltung. Kaufstraßen.“ — Das ist doch mal eine neue Blaupause!

† Salzwehde, 27. April. Zu dem in Erfurt neu zu bildenden Regiment Jäger zu Pferde wird vorläufiglich die 3. Eskadron des hiesigen Ulanenregiments berufen werden. Als Ersatz für die scheidende Schwadron haben sämtliche preussischen Kavallerieregimenter Unteroffiziere, Mannschaften und Pferde aus den einzelnen Dienstjahrenklassen in entsprechender Zahl abzugeben, so daß dadurch eine neue Schwadron gebildet wird.

† Bahrendorf (Kr. Wanzleben), 26. April. Gestern beging das hochbetagte Aelteste Ehepaar die Feier der diamantenen Hochzeit.

† Halle, 27. April. Der Parzibus-Zweigverein Halle veranstaltete seine diesjährige Walpurgisfeier in der Nacht zum 1. Mai in den Räumen des Hotels „Grenztempel“. Die Vorbereitungen für die Feier, die als Kommerz mit Damen geplant ist, sind

in vollem Gange. Neben anderen mitwirkenden Künstlern haben Herr Opfern- und Konzertführer Sommerheim, der hier bestens bekannt ist, und zwei Mitglieder des Stadtheaters in Kiel ihre Mitwirkung zugesagt. Das Orchester stellt die hiesige Kapelle. Die Feier beginnt abends 9 Uhr, so daß also Auswärtige bei Benutzung der Abendzüge noch rechtzeitig eintreffen.

† Ellich, 27. April. Im Walde, beim benachbarten Südbahnhof Sulzbach, überfiel vor einigen Tagen ein Mann zwei Damen, Patienten der Heilanstalt „Baldhaus“ bei Sulzbach. Die eine Dame übergab dem Strolche ihr Portomonnaie, worauf er die Flucht ergriff.

† Bornitz, 27. April. Dem Rittergutsbesitzer Passche hier waren wiederholt Raufereien gestohlen worden. Nach einem erneuten Diebstahl wurde der Polizeihund „Liddy“ aus Weisen geholt, der denn auch den Dieb in der Person eines Arbeiters aus Gröbba feststellte.

† Meuselwitz, 26. April. Ein folgenschwerer Automobilunfall ereignete sich in der vergangenen Nacht in der ersten Stunde aus der von Pegau nach Zeitz fahrenden Chaussee in der Nähe des Dorfes Traupitz. Ein in Meuselwitz vorübergehend weilender Chauffeur namens Erich Krausch aus Zeitz fuhr nachts mit einem Automobil von Meuselwitz aus in der Richtung nach Zeitz zu. In dem Automobil saßen außerdem noch fünf Personen. In der Nähe von Pegau fuhr der Kraftwagen gegen 1 Uhr mit voller Wucht gegen einen Gussstein, er überstieß sich und begrub die Insassen unter sich. Der Chauffeur erlitt einen Schädelbruch. Ein weiterer Insasse des Automobils, der Steiger Reinhardt Richter, erlitt ebenfalls einen schweren Schädelbruch. Beide Verunglückte wurden nach dem Zeitziger Krankenhaus gebracht. Ihr V-finden ist andauernd ernst. Der Maurerpolier Rudolph aus Meuselwitz erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch, er fand im Pegauer Krankenhaus Aufnahme und wurde später (Dienstag mittag) in das Zeitziger Krankenhaus übergeführt. Die gleichfalls mitgefahrenen Gastwirte Geys und Franke aus Meuselwitz wurden nur leichte Verletzungen, sie konnten mittels Geheiß nach Meuselwitz zurückfahren. Das Automobil war erst seit kurzer Zeit Eigentum des Dr. med. Hermann aus Meuselwitz. Der Chauffeur hatte die nächtliche Fahrt ohne Wissen seines Herrn unternommen. Die erste Hilfe leistete Dr. Jungmann aus Pegau, welcher den Landes-Samariterverein benachrichtigte und mit dessen Hilfe die Unterbringung der Verletzten in den verschiedenen Krankenhäusern bezw. in ihren Wohnungen veranlaßte.

## Lokalnachrichten.

Merseburg, den 26. April 1910.

\*\* Die Listen der stimmfähigen Bürger für die demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen gelangen in diesen Tagen zur Verteilung. Da über die Richtigkeit der Listen von nichtinformierter Seite mehrfach Zweifel geäußert worden sind, die noch durch konfuse Veröffentlichungen unterstützt werden, sei darauf hingewiesen, daß die Listen nach einer Entscheidung des Regierungspräsidenten in der Gestalt wieder zur Ausgabe gelangen müssen, wie sie im Juli 1909 festgestellt wurden. Nur so ist es erklärlich, daß 3. V. Bürger in den Listen aufgeführt sind, die nicht mehr unter den Lebenden weilen oder mittlerweile verstorben oder verstorben sind. Die Wählerlisten sind sorgfältig aufzubewahren, damit sie jeder Wähler am Wahltag behufs Feststellung seiner Nummer einsehen kann.

\*\* Im Zivoli tagten am Dienstagabend die Vorstände der hiesigen kommunalen Vereine unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Frauenheim, um sich über die Kandidaten für die demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen schlüssig zu machen. Nachdem der Genannte die Bescheideneren begrüßt und mit dem Zweck der Zusammenkunft bekannt gemacht hatte, wurde zunächst festgestellt, daß folgende Vereine vertreten waren: Bürger-Verein für städtische Interessen, Bürger-Verein Süd und West, Bürger-Verein des Numarke, Haus- und Grundbesitzerbau-Verein, Evangelischer Arbeiter-Verein, Gewerbeverein Friedrich-Dundr, Haus- und Grundbesitzer-Verein, Privatbeamten-Verein und gewählte Delegierte der hiesigen Beamtenchaft. Zur Regelung des Abstimmungsmodus gelangte ein Vorschlag zur Annahme, der dahin ging, je 50 Mitglieder eines Vereins r. eine Stimme, größeren Vereinen aber nur drei Stimmen als Höchstzahl zu erteilen. Im gleichen Verhältnis sollen von den beteiligten Vereinen auch die durch die Wahlagitation entstehenden Kosten aufgebracht werden. Namentlich wurde zur Aufstellung der Kandidaten geschritten, vorher aber eine Erklärung des Stadtrats Thiele entgegengenommen, welche den in der Stadtordnung festgelegten Begriff „Hausbesitzer“ darlegte und gemeinverständlich machte. Für die 3. Wählerabteilung wurde Johann von der Majorität der Versammlung als Kandidat nominiert; Rechnungsrat E. G. (Wiederwahl), Reg.-Hauptkassenbuchhalter Elze, Bauunternehmer Robert Schreyer

und Dreher Kage lmann. Wesentliche Stimmengängen fielen noch auf den Schuhmachereister Gustav Dölsner und den Stellmachereister Hermann Seile. Für die 2. Wählerabteilung wurden als Kandidaten nominiert: Regier.-Sekretär Pogold, Kaufmann Teichmann (beide Wiederwahl), Gymnasialprofessor Werner, Kaufmann Friedr. M. Kunth und für die Erstwahl bis Ende 1911 mit gleicher Stimmengahl Kandidat Borch und Sem.-Direkt. Dr. Sieke. Die endgültige Entscheidung zwischen diesen beiden Kandidaten soll der Wählerversammlung überlassen werden. Vorge schlagen wurden in dieser Abteilung noch der Kaufmann Würneke. Für die 1. Wählerabteilung wurden ohne weitere Diskussion nominiert: Kaufmann Dobrowitz, Bauunternehmer Graul sen., Buchhändler und Buchdruckereibesitzer Stollberg, praktischer Arzt Dr. Witte (Wiederwahl) und für die Erstwahl der Rentier E. Biegand. Die Kandidaten sollen der am Freitag den 6. Mai im Zivoli stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung präsentiert werden. Nach Dankesworten des Vorsitzenden für die geleistete Mitarbeit der Anwesenden und der Beratung und Genehmigung des Protokolls wurde die Versammlung kurz vor 12 Uhr geschlossen.

\*\* Von einem Garnisonwechsel unserer 36er war unlängst in der Stadt die Rede. Wir haben damals auf Grund von Erkundigungen an amtlicher Stelle das Gerücht für unzutreffend erklärt. Jetzt wird der „S. Ztg.“ dieselbe Nachricht aus Halberstadt übermittelt, und zwar auf Grund von Informationen, die als zuverlässig hingestellt werden. Die Nachricht lautet: Halberstadt, 26. April. In hiesigen wohlinformierten Kreisen erklärt sich das Gerücht, daß der Infanterieregimentar Prinz Louis Ferdinand Nr. 27 und Graf Blumenthal Nr. 26 a. g. w. e. s. e. l. werden sollen. Eines dieser Regimenter soll dann wieder mit dem in Meß garnisonierenden Magd. Inf.-Regt. Nr. 67 tauschen. — Die Meldung lautet doch zu unklar, als daß wir ihre allzu viel Gewicht beilegen möchten. Aber seltsam bleibt es doch, wie jetzt von auswärts abermals das Gerücht von einem Garnisonwechsel kommen kann.

\*\* Unsere Garnison rückt heute früh zwecks Abhaltung von Regiments- und Schießübungen nach dem Truppenübungsplatz Altengraben in der Altmark aus. Die Hinfahrt erfolgte mittels Sonderzuges vom hiesigen Güterbahnhof aus. Die Truppen kehren am 21. Mai wieder hierher zurück.

\*\* Das Kinematograph-Theater „Weiße Wand“ hat sich infolge fortgesetzten starken Besuches veranlaßt gesehen, von heute ab an einigen Tagen in der Woche Vorstellungen in dem großen Saale des Etablissements Casino zu geben. Heute Mittwoch, abend findet die erste Vorstellung statt und die Direktion hat aus diesem Anlaß ein sehr reichhaltiges und selteneres Programm zusammengestellt. Wir machen alle Freunde des Theaters auf diese Vorstellungen im Casinoale besonders aufmerksam. Näheres siehe im Infanterieblatt.

\*\* Versöhnungsverein. Auf den morgen Donnerstag abend pünktlich 8 Uhr beginnenden Vortragabend sei nochmals hingewiesen. Herr Jeweller Tittel aus Halle wird bekanntlich unter Vorführung einer großen Anzahl Abbildungen über unsere heimliche Vogelwelt, über Natur- und Vogelforschung sprechen. Das Eintrittsgeld ist nur gering. Der Vortrag soll für gemeinnützige Zwecke des Versöhnungsvereins Verwendung finden.

\*\* Ein Waiseierumzug der hiesigen Sozialdemokraten sollte am Sonntag hier stattfinden. Das dahingehende Geheiß ist aber von der hiesigen Polizeiverwaltung abgelehnt worden. Es lautet: „Auf Ihre Eingabe vom 2. d. M. erwidern wir Ihnen, daß wir die nachgeforderte Erlaubnis zur Veranstaltung eines Umzuges der Gewerkschaften und des Sozialdemokratischen Vereins am 1. Mai d. J. verweigern, weil aus der Veranstaltung des Umzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.“ (§ 7 des R.V.G. vom 19. April 1908). — Mit der Ablehnung des Geheißes setzt sich die hiesige Polizeiverwaltung in Gegensatz zu verschiedenen anderen Städten, die den Umzug der Sozialdemokraten gestattet haben. Man hätte also auch hier dem Geheiß wohl stattgeben können und dies umso mehr, als das Reichsvereinsgesetz derartige Umzüge doch gestattet wissen will. Da die Gefahr für die öffentliche Sicherheit wirklich eine Ablehnung nicht haltig begründet, dürfte im Hinblick auf unsere Nachbarstädte mehr als zweifelhaft sein. Durch die Verweigerung des Umzuges hat man nur für einen lokalen Agitationsstoff geliefert, der von den Herren Genossen फिर meilich ausgenutzt wird.

\* (Eingefandt). Durch die Verbreitung eines Flugblattes wurde kürzlich der hiesige Konsum-Verein, der bekanntlich im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimmt, für sich Propaganda zu machen. Wenn ich Veranlassung nehme, das Flugblatt einmal näher zu betrachten, so sind es verschiedene Punkte, die dem unparteilichen Leser sofort ins Auge fallen und des Nabels Kern unschwer erkennen lassen. Unschönlich ist es aber überdies: Wer erheben wir unser Lebenshaltung? Nun einfach, so antwortet man, indem man dem Konsum-Verein als Mittelglied beiträgt. Der Verkauf viel billiger, der liefert bessere Ware um. Gegen die Ausbreitung durch die Händler, Krämer, Kaufleute und andere Gewerbetreibende muß sich







Die für die Stadt Merseburg festgesetzte Gewerbesteuerrolle für 1910 liegt in der Zeit vom 27. April bis einschließlich 4. Mai 1910 im Steuerbüreau, Rathaus 2 Treppen, zur Einsicht aus.  
Die Einsicht der Rolle ist nur den Steuerpflichtigen des Stadtbezirks gestattet Merseburg, den 23. April 1910.  
Der Magistrat.

In ruhiger Lage (Südostseite) 1. Etage zu vermieten und sofort oder später zu beziehen. Zu erfragen in der Erped. d. Bl.

Eine gesunde junge Wohnung von zwei Stuben, großer Küche, Kammer und Zubehör, ist per 1. Juli oder später zu vermieten. Näheres in der Erped. d. Bl.

Kleine Stube und Kammer an eine einzelne Person zu vermieten und sofort oder später zu beziehen. Zu erfragen in der Erped. d. Bl.

Ein kleines Logis ist zum 1. Juli zu beziehen.  
Hirtstraße 4.

Kleine Wohnung für einzelne Person zu vermieten und sofort oder später zu beziehen.  
Gohlfelder Straße 1.

Eine Wohnung, 2 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör, in sofort oder 1. Juli zu beziehen. Zu erfragen.  
Sanktstraße 14.

**Gut möbliertes Zimmer**  
sofort zu vermieten  
Galleische Straße 42 I.

**Möbliertes Zimmer**  
zu vermieten Galleische Straße 15. Hof.

**Fremdlich möbliertes Zimmer**  
zu vermieten Erpe Mitterstraße 6.

**Gut möbliertes Zimmer**  
zu vermieten Erpe Straße 8.

**Freundl. möbl. Wohnzimmer**  
mit Schlafkabinett per sofort zu vermieten  
Hindenstraße 11.

**Größ. Gartengrundstück**, zu jedem Unternehmen geeignet, zu verkaufen. Näheres in der Erped. d. Bl.

Ein gebt. einpäun. Aufschgehörter ist billig zu verkaufen.  
Carl Heeken, Sattlermeister.

**Blumenkästen auf Balkons** sind noch billig zu verkaufen.  
Fischerstraße 11.  
Dabei ist auch eine große Festmalwaase zum Verkauf.

**Ein Läuferfchwein** ist zu verkaufen.  
Reuigan Nr. 57.

1 junge neumlühende Kuh verkauft.  
R. Schröpel, Köchlein.

**Backpapier** unfortleitet, so lange der Vorrat reicht, billig abzugeben.  
Th. Bössner, Buchdrucker, Merseburger Straße.

**Eukalyptus-Menthol-Bonbon** haben gut bewährt bei Husten, Verschleimung, Verlangern etc. aber bitte nur Marke „Farrri“ kaufen.  
R. Rietze, Kaiser Trug, Hofmarkt.

**Schluss** der **Anzeigen-Annahme** für den „Correspondent“ **9 Uhr vormittags**. Im Interesse der Auftraggeber bitten wir um gefl. Beachtung dieser Schlüsselzeit.  
**Größere Anzeigen** wolle man am Tage vorher aufgeben. Gleichzeitig teilen wir mit, daß die Expedition von abends 7 Uhr ab geschlossen ist.  
Expedition des „Merseburger Correspondent“.

# Die Phonola

das beste Instrument für persönliches Klavierspiel beurteilt der Dichter Otto Julius Bierbaum in seinem Selbstbekenntnis: „Ich bin unmusikalisches, aber ich habe eine Phonola, die mir täglich Freude macht.“

Alleinverkauf durch  
**Albert Hoffmann, Halle a. S.,**  
Pianomagazin am Riebeckplatz.

# Parkett-ROSE

Damit behandelte Böden können nach gemischt werden, ohne daß sich Flecken bilden und der Glanz verloren geht.

Kein Staub!  
Kein Geruch!  
Keine Wärme!  
Große Anschließigkeit!

**Parkett-Seife**  
Marke Rose  
bestes, einfachstes und billigstes Reinigungsmittel selbst für die besten Böden. Bester Erfolg für Stahlböden und Terpentinöl.

Kein Staub! .. Leichtes Arbeit! .. Natürlichkeit! ..  
Zu haben in den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Handlanten: Vereinigte Farben- und Lackfabriken G. m. b. H. vormals Finzer & Weisner, München I.

**Hochzeits-, Bistiten, auch Reisefuhrer**  
auf längere Zeit übernimmt und führt mit erstklassigem Pferd und Wagenmaterial aus  
**Otto Obenauf, Goldener Löwe.**  
Telephon 298



## HAMBURG-AMERIKA LINIE

Direktor deutscher Post- und Schnellpostdienst.  
**Personen-Beförderung**  
(Kraftfahrzeuge wie Kraftwagen, Kraftfahrzeuge)

allen Weltteilen vornehmlich auf den Routen

### Hamburg - Newyork

Hamburg - Argentinien  
Hamburg - Brasilien  
Hamburg - Genua  
Hamburg - Cuba

Hamburg - Merito  
Hamburg - Merito  
Hamburg - Ostafrika  
Hamburg - Genoa

Verzögerungs- und Erholungsreisen zur See.  
Die beschriebenen Reisen, Metro, Fahrten bis Trautheim, Nordlandfahrten bis Japan, dem Nordpol und Spitzbergen, Fahrten nach bestimmten Abwechslungen und nach England, Irland und Schottland.

Prospekte gratis und franco.  
Abteilung Personenträger.  
**Hamburg - Amerika Linie, Personenträger.**  
Vertreter in Halle a. S.: **Georg Schulz, Weinburastraße 32** (506)



## Blitzableiteranlagen

werden nach den neuesten Erfahrungen sachgemäß und billig hergestellt von

### R. Metzschold, Merseburg,

geprüft von der Gewerbeakademie Arnstadt.  
Ausschläge stehen kostenlos zur Verfügung.



## Schmalhans

ist nicht mehr Küchenmeister, wo die vortreffliche **Margarine**

# Solo

anstelle teurer **Butter** verwendet wird.

Die Hausfrau spart dadurch viel Geld.  
Man versuche auch die Delikatess-Margarine

### Rheinperle

den beliebtesten Butter-Ersatz der feinen Küche!

Allein-Fabrikanten: HOLL MARGARINE-WERKE  
BURGERS & PRIESEN, G. m. b. H., GÖTTICH (Holl.)

# Germania

ist der Name derjenigen welche seit Jahren einen Weltreize genießen.

**Bisheriger Versand: 650000.**  
Seidel & Naumann, Dresden.

## Naumanns Schreibmaschine „IDEAL“

ist eine durch und durch erstklassige Maschine, deren Konstruktion die größte Dauerhaftigkeit gewährleistet.

### H. Baar, Merseburg, Markt 3.

Fahrad- u. Nähmaschinen-Handlung, Reparaturwerkstatt.  
Die neuesten Modelle sind angekommen.





# Correspondent.

**Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Bei Bestellung von mehreren Exemplaren; bei Bestellung ins Ausland durch unsere Expedition in  
den Städten und auf dem Lande außerdem Porto; durch die 120 Nr. unter 42 Nr.  
Bestellung. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Sonntagen nachmittags  
— Außerdem mehrere Originalabgebildungen in uns mit beifolgender Kartenmappe geliefert.  
Die Rückgabe unbenutzter Exemplare überlassen wir dem Besteller.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
Wöchentliche, illustrierte Unterhaltungsblätter  
n. neuest. Romanen und Novellen.  
4 seit. landwirtsch. u. handelsbell.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis**  
für die erste Beilage oder deren Raum für 10 Zeilen  
Umgebung 10 Pf. Sonstige Anzeigen 25 Pf. Sonstige  
20 Pf. im Restanteil 40 Pf. Bei langfristigen Anzeigen  
Wochensatz für 10 Zeilen nach Vereinbarung. Die  
Wochensatz für 10 Zeilen nach Vereinbarung. Die  
Wochensatz für 10 Zeilen nach Vereinbarung. Die  
Wochensatz für 10 Zeilen nach Vereinbarung. Die

Nr. 98.

Donnerstag den 28. April 1910.

36. Jahrg.

## Der Kampf um das Wahlrecht.

Der Herrenhausbericht über die Wahlreform ist fertiggestellt und am Dienstag ausgelesen worden. Er ist vom Grafen v. Beyer-Wehrdorf erstattet. Da die Kommissionsberichte zum Teil unvollständig waren, zum Teil Widerspruch fanden, ist es von Interesse, einige Erläuterungen der Minister nun in der öffentlichen Sitzung zu lesen. Minister v. Wolke erklärte in der Generaldebatte der ersten Lesung unter anderem:

Nur wenn die Reform das Ergebnis der Mitarbeit der ausfallenden Parteien sei, würde sie das Dreiklassenwahlrecht, das alte preussische System, vor allen Angriffen sichern. Die künftige Staatsregierung habe bei ihrer Vorlage keineswegs wahlrechtliche Gesichtspunkte verfolgt. Wenn überhaupt die Absicht vorgelegen habe, die Vorlage gegen eine radikale Richtung zu lenken, so habe es sich selbstverständlich nur um die radikale Sozialdemokratie handeln können. Seiner Ansicht nach könne das bestehende preussische Wahlrecht nicht besser geschützt werden, als wenn man offen anerkenne, hier und da seien Mängel, die zu beseitigen seien, um dadurch das Gebäude handfester zu machen.

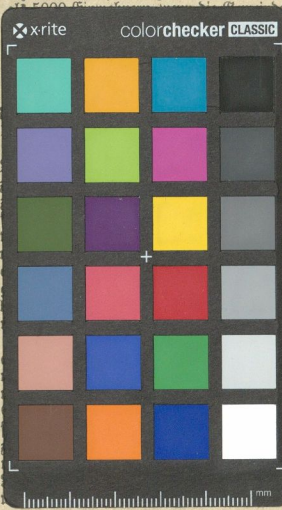
Wer die „ausfallenden Parteien“ sind, hat der Minister nicht gesagt, aber von konservativer Seite sowohl, wie vom Zentrum ist es immer — und jedenfalls mit Recht — aufgefaßt worden, daß die Regierung die Nationalliberalen und Freikonservativen nicht wissen will.

Der Ministerpräsident sowohl wie Minister v. Wolke haben in der zweiten Lesung über die Dreiteilung in den Wahlbezirken den Antrag 25 als seine befriedigende Lösung bezeichnet. Herr v. Wolke sagte, dieser Antrag biete so wenig, daß der Minister glaube, die Herren Antragsteller hätten sich nicht verzeihen lassen, daß seine praktische Wirkung ganz gering sei, daß er nur ein scheinbares Entgegenkommen bedeute, materiell aber fast gar keinen Erfolg haben werde. Kröghem ist der Antrag mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen worden, so daß es in § 6 jetzt heißt:

Die Gesamtsomme der Steuerbeträge wird berechnet: 1. für den Umfang des Wahlbezirks wenn dieser aus mehreren Gemeinden (Wahlbezirken) gebildet ist, 2. für den Umfang des ganzen Wahlbezirks, wenn dieser nicht mehr als 5000 Einwohner zählt, 3. für den Umfang befonderer, von der Gemeindevorwaltungsbefehde zu bildender Wahlbezirke von nicht weniger als 1749 und nicht mehr als 5000 Einwohner.

„... mehr als 5000 Einwohner und abnehmende in der Lage.“

„... verschiedene, um die Plebiscite, den, daß stimmen Punkten alle. In dem Mit der vorstehende be. entrum.“ Die Kom- bedeutet satzlichen der Ab- es sich en Kom- sich die enommen



## Präsident Strub über die Steuern.

Der Senatspräsident des Oberverwaltungsgerichts, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Strub, einst die rechte Hand Muelers, veröffentlicht im Verlage von Karl Heymann „Betrachtungen zur Reichszunachsteuer“, aus deren Aushängen die „West. Ztg.“ einige interessante Stellen abdruckt. Die 99 Seiten starke Schrift enthält weit mehr als der Titel vermuten läßt; denn der Präsident Strub bespricht die Reichszunachsteuer im Rahmen der Finanzreform und über, selbst ein konservativer Mann, an den von der konservativ-flexiblen Mehrheit fabrizierten Steuern herbe Kritik.

Seit Verabschiedung der Reichsfinanzreform setzt fast jede politische und kommunale Wahl ein erschütterndes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Die bürgerlichen Parteien aber sitzen sich in einer Gerechtigkeit und Gerechtigkeit gegenüber, wie seit langem nicht. Ich bin gewiß nicht der einzige, der seit Anfang dieses politischen Jahres heftig konservativ gefühlte, irre geworden an der alten, lieb gewonnenen Partei, als diese an die Stelle einer in der von der Regierung vorgelegten Gestalt den berechtigten Interessen der Wandwirtschafteit reichlich Rechnung tragenden wirklich allgemeinen Vermögenssteuer trat, die eine völlig ungleichmäßige, zum Teil einseitige Belastung bedeutet als sie zur selben Zeit in Preußen die Hand dazu bot, in einem Augenblicke, mo von der Allgemeinheit höhere Opfer gefordert wurden, durch Umgestaltung des § 11 des Ergänzungsteuergesetzes ein neues Steuerprivileg für die Landwirtschaft zu schaffen, und die Anregung dazu gab, im Rahmen der Stempelsteuer Abschreibungen einzuführen zu lassen, die die Landwirtschaft ungleich weniger hoch oder empfindlicher treffen als die händerliche Bevölkerung alles das, obwohl der für Reich und Staat erforderliche Mehrbedarf im letzten Ende zum guten Teil — man denke an die Belohnungserhöhungen — seinen Anstoß in der allgemeinen Verteilung der letzten Jahre hatte, diese aber nicht am wenigsten durch den Zusammenfall der Landwirtschaft verkräften, und damit ihrer Überlegung noch mit Recht verkräfteten Vorschlag beifolgt ist.

Präsident Dr. Strub ist auf solche Weise überrascht, daß bei der Zunachsteuerreform von den Wählerpartei nicht die ganze Vermögensfrage wieder aufgerollt wird, und schließlich eingehend, wie hinsichtlich die Einwendungen sind, die gegen die Erbschaftsteuer vorgebracht wurden. Er sagt dabei:

Für die Konservativen war noch der Erklärung ihres Führers der für ihre abnehmende Haltung im letzten Ende ausfallende Grund, man bilde eine allgemeine Vermögenssteuer nicht in die Hand eines auf allgemeinen, gleichem Maßstab beruhenden Parlamentes legen. Auch ich habe meine großen Bedenken gegen ein allgemeines, gleiches Wahlrecht und gebe einem abgeklärten den Vorzug, sofern die Abänderungen nicht nur nach dem Gebot erfolgen, die Unabhängigkeit der Wahl noch oben wie unten so gesichert ist, wie es bei den nun einmal vorhandenen Abhängigkeitsverhältnissen eben möglich ist, und es es wieder durch die gegenwärtige preussische Regierungsvorlage noch durch die Beschlässe des Abgeordnetenhauses für irgendwie bis zur Grenze des Erreichbaren verschoben würde, und sofern endlich die Einteilung der Wahlkreise eine angemessene ist. ... Aber Gegensatz gegen das Wahlrecht rechtfertigt es nicht, dem Volke an Stelle gerechter minder gerechte Steuern aufzuerlegen.

Die Mehrheit habe bei der Finanzreform die nötige Vermögenssteuer nicht geschaffen. Sei nun die Reichszunachsteuer ein erheblicher Fortschritt in der Lösung der Vermögensfrage? „Ich muß diese Frage mit einem glatten Nein beantworten.“ Die Reichszunachsteuer erklärt Strub für durchaus berechtigt und notwendig als Gemeindesteuer, ganz und gar aber nicht als Reichsteuer. Sie sei schon deshalb keine Vermögenssteuer, weil ein Verkäufer, der hohe Steuer zahlen muß, ein ganz armer Leufel, ein anderer, der beim Verkauf geringen Gewinn macht, Millionär sein könne. Die Steuer belaste vorwiegend die Städte. Sie führe zu einer unendlichen Menge schwieriger Rechtsfragen. Die General Klausel des § 55, die den Bundesrat ermächtigen soll, auch Rechtsvorgänge für steuerpflichtig zu erklären, die, ohne unter das Gesetz zu fallen, „es einem anderen ermöglichen, über das Grundstück oder Recht die der Eigentümer oder der Berechtigten zu verfügen“, enthalte nicht mehr und nicht weniger als eine Bankrotterklärung der Reichszunachsteuer. Der Verfasser weist den Einwurf zurück, daß viele Gemeinden die Steuer so gar nicht wollten.

Was können die Gemeinden dafür, daß die vom Staat erlassenen Gemeindefestsetzungsgesetze den Hausbesitzern ein berechtigtes Interesse gewährt, daß diese die Einführung einer verminderten Steuer hinterherbilden können? Zunächst würden aber auch in solchen Städten, in denen die Mehrheit der Stadtratsmitglieder sich bisher der Einführung der Gemeinde-Zunachsteuer mit Erfolg widersetzt hat, die Verhältnisse früher oder später sich häuften als sie erweisen. Am 10. Mai d. J. hielt man mit im Reichshaus auch entgegen, nicht einmal in Berlin ist die Einführung der Steuer gelungen. Ich möchte sagen, zunächst gehöre Berlin mit seinen 100 Proz. Einkommen und 150 Proz. Reichsraum nicht weniger als zu den Gemeinden mit wirklich schwierigen Finanzverhältnissen und könne daher die Zunachsteuer leichter als gütliche andere Gemeinden erdulden; ich sei aber überzeugt, über kurz oder lang, schon wenn der Etat mit 100 Proz. Einkommen-Steuerzufuß nicht mehr zu balancieren sei, würde auch hier die Macht der Vermögens- und Einkommen-Verhältnisse überhandnehmend. Schneller noch, als ich damals selbst glaubte, haben mit die Dinge Recht gegeben. ... Erhalten die Gemeinden künftig nur einen Anteil an den Erträgen aus der Besteuerung des Wertwachses ihres Grundbesitzes, statt daß sie allein diesen Wertwachses befreuen können, so bleibt ihnen, nicht ins Gewicht fallende Erträge, momentan für den Wert der Vermögen, in allen Fällen möglich sein werden, nichts übrig, wie das Mehr, das sie ohne die Reichsteuer auf diese Weise hätten aufbringen können, aus anderen Quellen zu beschaffen, und diese Quellen werden meist die Einkommensteuer und die Realsteuer sein. Da nun mehr Einkommensteuer noch Realsteuer mittels der Vermögenssteuer sind, so wird dann also der Effekt der Reichszunachsteuer sein, daß der Grundbesitzbesitzer nur, noch er als Zunachsteuer ohne das Doppelzählens des Reiches allein an die Gemeinde zu zahlen haben würde, an Reich, Staat und Gemeinde zusammen zahlt, also nicht höher belastet wird, sondern nur den Steuerübertrag weislich daß dagegen auf dem Umwege der Gemeindefestsetzung der Allgemeinheit, also zum großen Teil dem Staat, ein Anstoß an dem Wert der Vermögen mitgeteilt von Reich wegen neben dem neuen Verbrauchsteuern noch eine neue direkte Steuerbelastung auferlegt wird. Auch trösten ich die Zunachsteuer im Effekt alles andere, nur keine Vermögenssteuer“ noch der Vermögensmäßigkeit. Zudem die teilweise Beschlagnahme des Wertwachses des Grundbesitzes für die Besteuerung des Wertwachses der Gemeinden zur Erhebung höherer Einkommen- und Realsteuer oder auch Vermögenssteuer, wird die Reichszunachsteuer auch geradezu mittelstandsfeindlich.

## Freiheit der Kirche

hat bei der gegenwärtigen Beratung des Kultusgesetzes im preussischen Abgeordnetenhause der Zentrum-Abgeordnete Dietrich Baunberg wieder einmal verlangt. Es ist keine neue Forderung, die da erhoben wird, nur vergessen die Herren vom Zentrum meistens, im einzelnen genau anzugeben, was sie unter „Freiheit der Kirche“ verstehen. Aber ein großer Kenner des Ultramontanismus hat sich darüber geäußert, und an seine Worte fei jetzt erinnern. Bis man sich dem Zentrum im Reichstag am 26. November 1884 entgegen: „Sie kämpfen für die Freiheit der Kirche! Was verstehen Sie aber unter Freiheit der Kirche! Unter Freiheit der Kirche verstehen Sie das Hersehen der Kirche. Sobald diese Herrschaft irgendwie beinträchtigt wird, reden Sie von diözesanlicher Verfolgung, kirchlicher Unterdrückung, das Persich ist Ihnen so angeboren aus alten Traditionen.“ Auch ein strenger römischer Katholik hat sich über den Begriff Freiheit der Kirche ähnlich ausgesprochen. Der Regens Dr. theol. et jur. W. Martens sagt in seinem Buch: „Die Beziehungen der Unterordnung, Nebenordnung und Unterordnung zwischen Staat und Kirche“ S. 251: „Im Sinne der Hierokratie ist libertas ecclesiae (Freiheit der Kirche) gleichbedeutend mit majoritas ecclesiae. d. h. Suprematie der Kirche über den Staat.“ Auf das ultramontane Streben nach „Freiheit der Kirche“ ist eben der Satz in St. Chamberlains „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ S. 657 anzuwenden: „Bedingungslos Freiheit heißt unbeschränkte Macht.“

D. E. A.

## Eine schwere Niederlage Prof. Drews.

Von den vielen Niederlagen, die sich der Korrikurber Prof. Drews mit den Vorträgen über seine „Christenmythe“ geholt hat, war wohl eine der vernichtendsten die, welche ihm am 17. April in Darmstadt zu teil